

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Geld sollte die Welt verbessern

Der Reichtum der Welt – und was man damit anders machen könnte ...
Entschuldung dringend erforderlich – der Schuldenreport 2010
Monetative – Bundesbank als Vierte Gewalt

Liebe Leserinnen und Leser,

Geld sollte die Welt verbessern – und nicht verschlechtern. »Das müsste doch zu machen sein!«, hat Hendrik Barth, im Vorstand der INWO Schweiz, seinem Künstlerkollegen Alberto Giacometti auf dem 100-Franken-Schein in den Mund gelegt. Auf dem Scheinrücken steht dessen Bronzeplastik eines gehenden Mannes, die jüngst bei einer Londoner Auktion umgerechnet 74 Mill. Euro erzielte und damit zum teuersten Kunstwerk der Welt wurde. »L'homme qui marche« stand bisher in einem Frankfurter Bankenturm. Jetzt gehört er einem anonymen Bieter.

Während auf dem Kunstmarkt von den Superreichen und Finanzjongleuren Weltrekorde erzielt werden, machte den normalen Bürgern die Wirtschaftskrise zu schaffen: Die Zahl der Privatinsolvenzen stieg in Deutschland in 2009 auf über 100.000 an, und auch die Firmenpleiten nahmen um 11 % auf fast 33.000 zu. Da zum Teil große Unternehmen zahlungsunfähig wurden, haben sich die offenen Forderungen gegenüber 2008 mehr als verdoppelt: Die Gläubiger warten auf 85 Mrd. Euro.

Ob sie die bekommen? Angesichts des Levels der Verschuldung, das weltweit erreicht ist, wird es immer schwieriger, die Ansprüche der Vermögenden weiter zu bedienen. Alle möglichen »Finanzprodukte« wurden zu diesem Zwecke schon erfunden, mit denen sie die Welt und ihre Ressourcen immer weiter privatisiert haben.

Es wird höchste Zeit, wieder Boden unter den Füßen zu gewinnen und all die Luftbuchungen abzuschreiben. – Was man mit dem vorhandenen Geld alles real verbessern könnte! Allein die 74 Mill. Euro für Giacomettis Skulptur hätten für über eine Million Menschen ein Startkapital sein können, um ihnen aus der Armut herauszuhelfen (S. 3).

Und mit 85 Mrd. könnte man alle Kinder der Welt über ein Jahr lang ausreichend ernähren und bilden. Ein Anliegen, das der Kindernothilfe, die gerade gemeinsam mit erlassjahr.de ihren neuen Schuldenreport veröffentlicht hat, am ganzen Herzen liegt. Ein halbes Herz reicht eben nicht aus, wie der Bericht über die halbherzige Entschuldungspolitik der reichen Gläubiger herausstellt (S. 6).

Die Hoffnung richtet sich auf Schuldenerlasse, die diesen Namen tatsächlich verdienen. Neben Insolvenzverfahren für Private und Firmen braucht es auch eine internationale Insolvenzordnung. Überschuldete Staaten müssen wieder handlungsfähig werden, um die Armut bekämpfen und soziale Grunddienste sicher stellen zu können. Dazu gehört auch, dass der demokratische Staat das Geldwesen im Sinne aller seiner Bürger organisiert. Fehlt also eine »Monetative« als Vierte Gewalt im Staat? Darum geht's ab S. 18.

Damit die Umverteilung und Ausbeutung von Mensch und Natur gestoppt wird, braucht es in jedem Falle eine Geld- und Bodenreform. Das müsste doch zu machen sein!



Beate Bockting

Inhalt

- 3 Der Reichtum der Welt – und was man damit anders machen könnte ...
- 5 Superreichtum als Kunstinstallation
- 6 Schuldenreport 2010 – Entschuldung dringend erforderlich
- 9 Ein Vermächtnis – Interview mit Wera Wendnagel
- 10 Termine
- 12 INWO Schweiz
- 14 INWO Deutschland (mit Bericht vom Aktiventreffen)
- 16 Medienspiegel
- 18 Monetative – die Schweizer Vollgeldinitiative
- 19 Geldausgabe über den Staat – Bundesbank als Vierte Gewalt
- 22 Buchvorstellungen
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 6. Jahrgang, Nr. 1 März 2010, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: Beate Bockting (V.i.S.d.P.), Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.500 Exemplare; davon 700 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: Hendrik Barth/cvp-design; INWO-Materialien: SMARTi – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Beate Bockting; 4: pixelio.de, © dieter; 5: Hendrik Barth; 6: erlassjahr.de; 7: Schuldenreport 2010, hrsg. von erlassjahr.de und Kindernothilfe e.V., S. 14; 8: Jens Großmann / Kindernothilfe e.V.; 15: Sozial- und Umweltforum Ostschweiz; 19: Deutsche Bundesbank; 20: Grafik von Helmut Creutz

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)

IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE 31 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft oh-

ne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Der Reichtum der Welt – und was man damit anders machen könnte ...

Vielen Kritikern des aktuellen Wirtschaftssystems mangelt es an positiven Visionen, mit denen sie ihren Ideen mehr Attraktivität verleihen könnten. Ihnen fehlt der Mut zur Utopie. Hier ein paar Beispiele für konkret utopisches Denken. Nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist, sagte einst Victor Hugo. Vielleicht kommt ja auch für diese Ideen noch die richtige Zeit? Hoffen wir's!

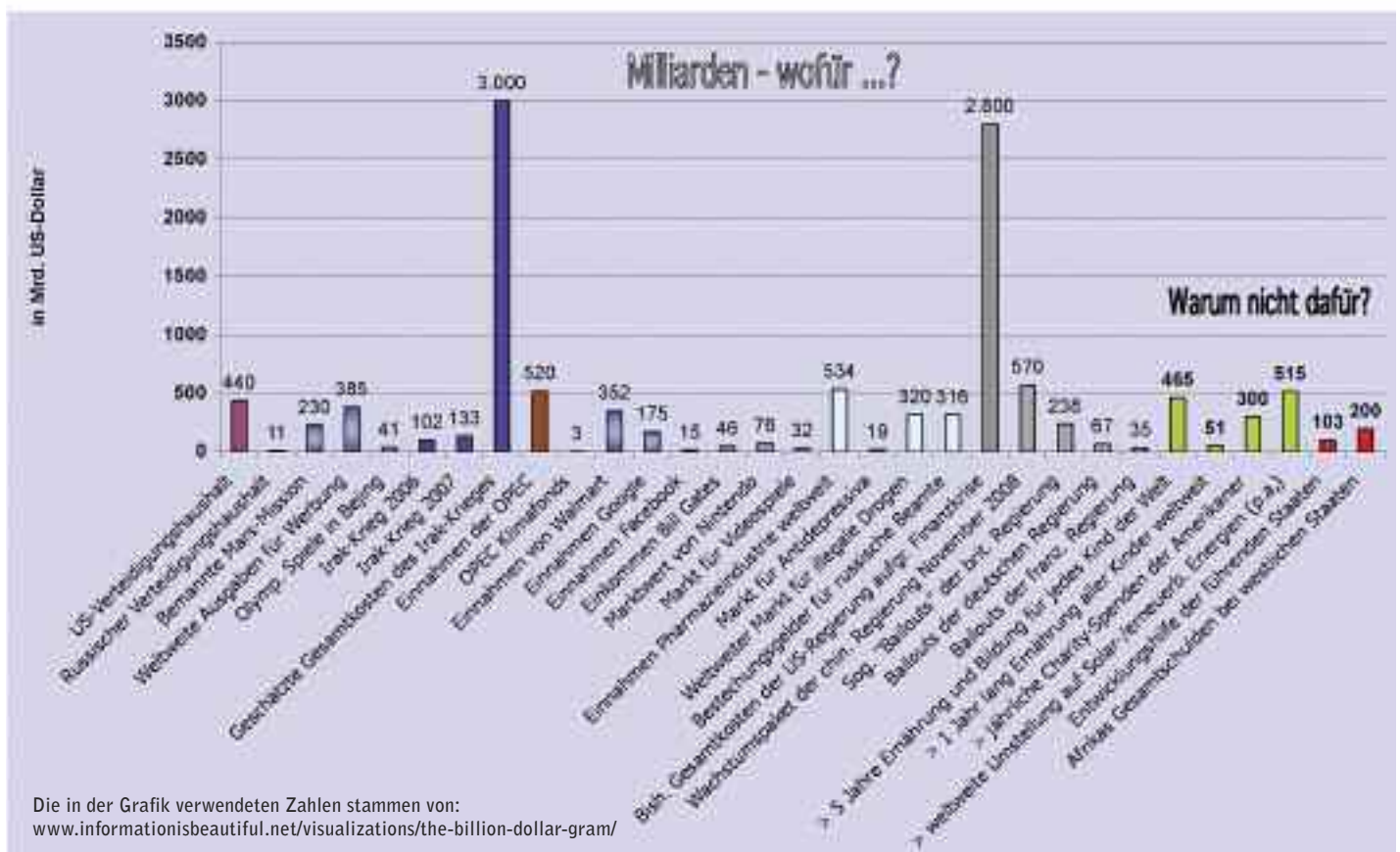


Wenn ich einmal reich wär'« singt Tevje in dem Musical »Anatevka«, das 1964 am Broadway uraufgeführt wurde. Tatsache ist aber, dass wir reich *sind* – wir, die Weltbevölkerung, die Menschheit als Ganzes. Der Reichtum wird nur sehr ungerecht verteilt und für die falschen Zwecke verwendet. Wofür genau Geld ausgegeben wird, zeigt das unten abgebildete Diagramm, das auf einer visualisierten Statistik der Webseite www.informationisbeautiful.net/visualizations/the-billion-dollar-gram/ beruht.

Die Genauigkeit der angegebenen Zahlen habe ich nicht kontrolliert. Wie überprüft man beispielsweise die Höhe der Bestechungsgelder an russische Politiker und Beamte? Das genauer wissen zu wollen, könnte einen das Leben kosten. Die Zahlen der Webseite stammen aber von allgemein für seriös gehaltenen Medien: New York Times, Guardian, Fortune – und von der Größenordnung her könnten sie stimmen, darauf kommt es mir hier an. Die Dollar-Werte sind überwiegend von 2006/2007, ich habe sie nach dem aktuellen Kurs in Euro umgerechnet und gerundet.

Ach, was wäre, wenn ...

147 Milliarden Euro beträgt die gesamte Schuldenlast Afrikas bei westlichen Ländern. Das ist weniger als das, was das US-Militär in sechs Monaten kostet, der Jahresetat der US-Streitkräfte beträgt nämlich 323 Milliarden Euro. Wie wäre es, Afrikas Schulden zu bezahlen und das US-Militär stattdessen mal für ein halbes Jahr auf unbezahlten Urlaub zu schicken, in dem die so »frei Gestellten« auch keine neuen Waffen kaufen dürfen? Ach, was bin ich für ein Idealist... aber das Gedankenexperiment ist es allemal



Mit Hilfe eines einzigen »Erlasstags« pro Jahr, an dem die Reichen auf Zinsen verzichten, könnte in absehbarer Zeit allen Armen geholfen werden, hat Margrit Kennedy errechnet



wert, meine ich! Hier gleich noch ein paar weitere:

2.000 Milliarden Euro hat die Weltfinanzkrise die Regierung der USA bis zum August 2009 gekostet. Dafür könnte man locker zwanzig Jahre lang jedes (!) Kind auf der Erde ernähren und zur Schule schicken, sogar ein Universitätsstudium wäre da noch mit drin. Was für eine Welt wäre das, mit lauter gut ausgebildeten Menschen, von denen niemand mehr hungern muss oder versuchen würde, über den Rio Grande oder das Mittelmeer in die »gelobten Länder« zu gelangen! Und mit den 2.000 Milliarden Euro, die bisher allein von der Regierung der USA zur Bewältigung der Krise bezahlt wurden, ist es ja noch nicht getan, man schätzt, dass diese Kosten noch auf 5.600 Milliarden Euro ansteigen könnten.

Und weiter: Der Irakkrieg hat bisher insgesamt schätzungsweise 2.200 Milliarden Euro gekostet. Wäre es nicht besser gewesen, statt in dieses ölreiche Land einzumarschieren, die gesamte Weltenergieversorgung auf Solarenergie und andere nachhaltige Quellen umzustellen? Das würde nur läppische 380 Milliarden Euro pro Jahr kosten, weniger als ein Fünftel der Kosten dieses unseligen Krieges. Und nach den fünf Jahren der Umstellung (nachhaltige Energien statt Krieg – nota bene: Hier geht es nur um den Verzicht auf einen Krieg!) wäre diese Art der Energiegewinnung eventuell schon rentabel.

Staat ohne Schulden

Über eine Billion Euro Schulden hat der deutsche Staat zur Zeit, Tendenz stark steigend, und er zahlt dafür pro Jahr 40 Milliarden Euro an Zinsen. Ähnlich wie die Redak-

tion von www.informationisbeautiful.net zählten kürzlich Redakteure von Spiegel Online auf, was man stattdessen mit diesen 40 Milliarden Euro machen könnte, wenn der Staat keine Schulden hätte. Die Spiegel-Redakteure denken jedoch eher konventionell. Unter den elf von ihnen angegebenen Alternativen findet man neben einer Erhöhung des

Kindergeldes und einem kostenfreien Studium auch eine Autobahn nach Bagdad, einen Flug zum Mars und zwei Vorschläge zur Aufrüstung des deutschen Militärs, wörtlich: »Auch die Bundeswehr könnte profitieren – denn mit der Summe ließen sich geschätzt mehr als 400 topmoderne Kampffjets vom Typ Eurofighter beschaffen. Ersatzteile inklusive. Bisher sind gerade mal 180 Maschinen geordert.«

Ist es wirklich *das*, wofür wir Geld brauchen? Die Geldreform- und Regiogeld-Expertin Prof. Margrit Kennedy ist nicht dieser Meinung, sie hat hierzu eine ganz andere Idee.

Margrit Kennedy fordert globalen Erlasstag

In der Januar-Ausgabe der Zeitschrift »Forum Nachhaltig Wirtschaften« schlägt sie einen globalen Erlasstag vor, um die bitter-

ste Armut auf der Welt zu beseitigen. Die Idee entstand anlässlich des »Vision Summit 2009« in Berlin, bei dem sie die Laudatio zur Verleihung des »Vision Award« an Nurdjahan Begum halten durfte. Begum hatte ab 1976 gemeinsam mit Muhammad Yunus dessen Idee einer »Bank für die Armen« verwirklicht: die Grameen-Bank, die Mikrokredite überwiegend an Frauen vergibt. Mittlerweile ist sie eine ihrer drei Geschäftsführerinnen.

Ein Vortragender beim Vision Summit hatte ausgerechnet, dass mit 100 Millionen Euro 1,5 Millionen Menschen von Hunger und bitterster Armut befreit werden könnten. Diese Relation ging Kennedy nicht mehr aus dem Kopf, und sie verband sie mit einer anderen: Jeden Tag werden in Deutschland über die Zinsen, die in allen Preisen versteckt sind, 1 Milliarde Euro umverteilt. Sie werden bezahlt von den 80 Prozent der Menschen, die für ihr Geld arbeiten, und sie fließen zu den 10 Prozent der Menschen, die »ihr Geld für sich arbeiten lassen«. Wenn 100 Millionen Euro 1,5 Millionen Menschen aus der Armutsfalle befreien können, so rechnete Kennedy aus, dann müsste man mit einer Milliarde Euro zehnmal so vielen – also 15 Millionen – helfen können. Nähme man die europäischen und anderen Länder des rei-

Pro Tag werden allein in Deutschland 1 Milliarde Euro über Zinsen umverteilt. Damit könnte man 15 Millionen hungernden Menschen aus der bittersten Armut helfen.

chen Nordens und die reiche Oberschicht der Länder des Südens hinzu, so könnten mit Hilfe eines »Erlasstags«, an dem die Reichen auf Zinsen verzichten, – zum Beispiel dem 31. Dezember oder 1. Januar eines jeden Jahres – in absehbarer Zeit alle Menschen aus der schlimmsten Armut befreit werden. Weitere Infos hierzu unter: www.monnetta.org.

■



WOLF SCHNEIDER, Jg.1952, Studium der Naturwissenschaften und der Philosophie (1971-75). Hrsg. der Zeitschrift connection seit 1985. 2005 Gründung der »Schule der Kommunikation«. Kontakt: schneider@connection.de, Blog: www.schreibkunst.com

Superreichtum als Kunstinstallation

Wenn in Zürich die Badesaison zu Ende geht, werden Umkleidekabinen, Duschen, Stege und Liegeflächen einer Badeanstalt am See für künstlerische Eingriffe freigegeben. Nach dem jüngsten Saisonabschluss nutzte der Schweizer Künstler Hendrik Barth die Gelegenheit.

Der Künstler, der auch im Vorstand der INWO Schweiz aktiv ist, nutzte bei der Ausstellung mit dem Thema »sagenhaft« eine »Geldquelle«, um den sagenhaften Reichtum der zehn superreichsten Schweizer ins Bild und ins Bewusstsein zu bringen. Installierte Fontänen deuteten an, wie das Wasser es macht: Es steigt und fällt. Dazwischen ragten Aluminiumstangen mit dem Durchmesser einer Schweizer 1 Franken-Münze entsprechend der Höhe der Geldvermögen in den Himmel: 5,70 Meter hoch war die längste davon.

Dabei symbolisierte die Dicke einer Münze ein Vermögen von 10 Millionen! Das erzeugte Erstaunen und machte wach für die Unvorstellbarkeit der Grösse von Milliardenvermögen. Und es wies darauf hin, dass da etwas nicht stimmt im Geldsystem, gerade wenn man es mit dem Wasserkreislauf vergleicht.

Das wurde unterstrichen durch Kurztexte, die man, unter anderem auf Banknoten geschrieben, in der Umgebung der Installation finden und lesen konnte: »Ist Wasser klüger



als unser Geld?« - »Das eine wächst und wächst. Das andere wächst und fällt.« - »Ob wir den Fehler erkennen?« - »Wie finden wir eine Lösung?« - »Was will uns das Wasser erzählen?« - »Reich, reicher, wann reicht's?« - »Geldvermehrung ist etwas Wunderbares. Wundern Sie sich da nicht?«...

Als Besucher konnte man sich einen informativen Text zum Thema mitnehmen. Und diese Möglichkeit wurde reichlich genutzt, denn die Ausstellung war sehr gut besucht. Ein Ausschnitt daraus:

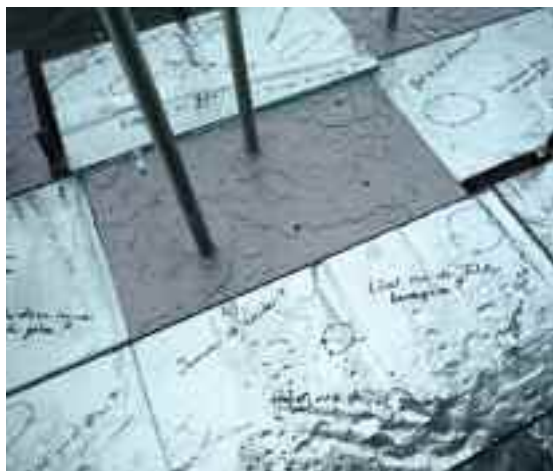
»Durch Zinsen von Geldanlagen und durch Spekulation wachsen Geldvermögen ins Unermessliche. Zinsen treiben die Produktionskosten in die Höhe und Spekulation die der Spekulationsob-

jekte. So bezahlen wir, was da wächst. Gewinne machen die, die mehr haben als sie brauchen. Andere verlieren. Wir merken es nicht. Fast nicht.

Die Natur macht es richtiger. Das kann man erkennen. Wasser hat einen Kreislauf, Bäume wachsen nicht in den Himmel. Was endlos wachsen will, wächst wie Krebs. Und lässt sterben. Bis wir es ändern.«

Es folgte ein Hinweis auf die Internetseite der INWO, die dieses Projekt im Oktober 2009 unterstützt hat. An weiteren Orten soll zu passenden Gelegenheiten diese Installation wieder aufgebaut werden und mit optischer Eindringlichkeit auf die Problematik des Geldsystems und die Aktivitäten der INWO hinweisen.

Hendrik Barth: www.hendrikbarth.com
Ausstellung »sagenhaft«:
www.standbyvisions.ch



Entschuldung dringend erforderlich

Im Februar haben die Organisationen erlassjahr.de und Kindernothilfe ihren diesjährigen Schuldenreport veröffentlicht. Darin berichten sie über den Fortschritt der weltweiten Entschuldungsinitiativen seit 1996, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie über eine drohende neue Schuldenkrise.

1996 ermöglichten Weltbank und IWF den überschuldeten Staaten der Welt erstmals koordinierte Schuldenerleichterungen durch die internationalen Finanzinstitutionen und die bilateralen öffentlichen Gläubiger des Pariser Clubs: die so genannte HIPC-Initiative (highly indebted poor countries = hoch verschuldete arme Länder) nahm ihren Anfang. Als ein Ergebnis des G7-Gipfels 1999 in Köln wurde dieses Programm mit der Bekämpfung von Armut verknüpft. Schuldenerlasse wurden an die Durchführung von Armutsbekämpfungsprogrammen (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSP) gebunden. Außerdem wurden die Belastbarkeitsgrenzen der Länder für die Rückzahlung ihrer Schulden gesenkt.

Bald aber war ersichtlich, dass viele Länder selbst nach Durchlaufen der HIPC-Initiative noch immer unter Schuldenproblemen litten, vor allem wegen der Schulden bei den internationalen Finanzinstitutionen. Daher kam 2005 auf Beschluss des Weltwirtschaftsgipfels in Gleneagles noch die Multilaterale Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative) MDRI hinzu.

Krisenfinanzierung statt Krisenüberwindung

Beide Initiativen stammen jedoch von den reichen Staaten und den internationalen Institutionen IWF und Weltbank. Sie setzen im Vorfeld eines möglichen Schuldenerlasses umfangreiche wirtschaftspolitische Reformen unter der Direktive des IWF voraus. Die Schuldnerseite wurde bei den Initiativen unzureichend berücksichtigt. So blieben sie denn auch mehr oder weniger halbherzig, denn sie ermöglichten den betroffenen Staaten keinen wirklichen Neuanfang.

Bei der HIPC-Initiative wurden Schulden gestrichen, die ohnehin nicht mehr bedient werden konnten. Bei den Erlassen ging es hauptsächlich um Altkredite aus den 70er oder frühen 80er Jahren. Dass neuere Forderungen unantastbar blieben, hat der Pariser Club durch Stichtagsregelungen systematisiert. Außerdem wird ein tatsächlicher Erlass am sog. Decision Point (Beschluss-

zeitpunkt) nur dann zugestanden, wenn der IWF die zuvor geleisteten Anpassungsmaßnahmen für »erfolgreich« hält. Der Erlassbedarf wird dann nach der Schuldentragfähigkeit berechnet, die sich natürlich je nach der Perspektive unterschiedlich darstellt. So hat die Bundesregierung bei Einführung der HIPC-Initiative versucht, die Erlass-Summen durch sinnlose Tragfähigkeitsberechnungen möglichst klein zu rechnen. Das, was der Gaul noch schleppen kann, soll er schleppen.

Erst durch MDRI wurde auch eine teilweise Entlastung beim laufenden Schuldendienst erreicht. Laut IDA/IWF 2009 ha-



erlassjahr.de ist ein Bündnis von über 800 Organisationen, das sich für gerechte Finanzbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern einsetzt.

ben die Ausgaben für Armutsbekämpfung in den 35 Ländern, die den Beschlusszeitpunkt bereits erreicht haben, zwischen 2001 und 2008 um etwa 2% des BIP zugenommen, wohingegen die Ausgaben für den Schuldendienst im gleichen Zeitraum um 2% abgenommen haben. Diese Entwicklung ist indes vor allem auf die damals noch positive wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere einen Anstieg der Exporteinnahmen, zurückzuführen, denn die absoluten Zahlen der Schuldendienstzahlungen haben sich kaum verändert. Viele Entwicklungsländer haben aktuell jedoch mit sinkenden Exporteinnahmen zu kämpfen, was die Lage für sie wieder verschlechtern wird.

Hätte man bereits Anfang der 80er Jahre, als die Schuldenkrise sich verstärkt offenbarte, einen radikalen Schnitt gemacht, statt immer wieder alte Kredite durch neue (teurere) abzulösen und so den Schuldendienst gegenüber privaten und bilateralen öffentlichen Gläubigern aufrecht zu erhalten, wä-

re dies die Steuerzahler und Banken weit aus günstiger gekommen. Auch die späteren HIPC/MDRI-Initiativen erwiesen sich nicht als ein einmaliger Akt, mit dem die Entschuldung getan war. So kann man eher von einer Krisenfinanzierungs- statt von einer Krisenüberwindungs-Strategie sprechen.

Schuldner zahlen Zeche selbst

Bisher haben 35 Staaten einen vorläufigen oder endgültigen Erlass erhalten, der sich insgesamt auf 117 Mrd. US-\$ bzw. einen Gegenwartswert von 74 Mrd. US-\$ beläuft.

Davon wurde etwas mehr als die Hälfte, nämlich 39 Mrd. US-\$, bereits komplett aus den Büchern gestrichen. Zur Umsetzung von MDRI werden weitere 29 Mrd. US-\$ veranschlagt.

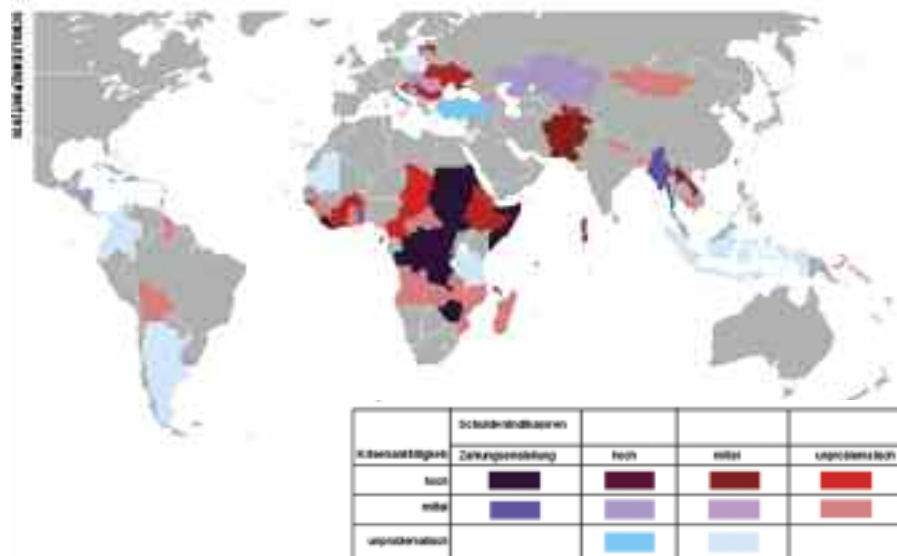
Diese Verluste müssen von den Institutionen refinanziert werden, da sie sonst selbst Probleme bekommen, günstige Kredite zu erhalten. Das Geld zur Refinanzierung kommt in der Hauptsache aus einem Treuhandfonds, in den die G8-Staaten (aus Steuermitteln) einzahlen. Hinzu kommt: Werden einem Land Schulden erlassen, werden neu benötigte Hilfszahlungen der IDA oder des Afrikanischen Entwicklungsfonds entsprechend gekürzt. Und obwohl es anderslautende UN-Beschlüsse gibt, werden Schuldenerlasse außerdem auch auf Zahlungen für die Entwicklungszusammenarbeit angerechnet, die dadurch höher erscheinen als sie tatsächlich sind. Das 1970 formulierte UN-Ziel, dass die Industrieländer 0,7% ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe aufwenden sollen, wird allerdings auch damit noch nicht erreicht.

Woher bekommen die notleidenden Länder bei diesem Nullsummenspiel die nötigen Finanzmittel? In den Startlöchern steht u.a. die Euler-Hermes Kreditversicherungs AG, die neue Kredite vergibt und damit die deutsche Exportwirtschaft unterstützt.

Die Folgen der Finanzkrise

Im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ging das weltweite Wirtschaftswachstum in 2009 auf 0,9% zurück.

Graphik 1: Die neue Landkarte der Verschuldung



Aufgrund der Krise haben sich weltweit auch hinsichtlich der Verschuldung gravierende Auswirkungen ergeben, zumal die Programme von IWF und Weltbank auf Wirtschaftswachstum hin orientiert sind.

Die zunehmenden Staatsverschuldungen, die Nahrungsmittelkrise sowie die geringeren Überweisungen an arme Länder verringern deren Handlungsspielräume für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung. Während Rohstoffe und andere Ressourcen zunehmend ausverkauft werden, sinken die Entwicklungsausgaben.

Dabei gilt laut Report: Je mehr ein Entwicklungsland in den Weltmarkt integriert ist, desto stärker sind die Folgen der Weltwirtschaftskrise für dieses Land.

Die ärmeren Länder sind – z.T. sogar überproportional – von einer wirtschaftlichen Rezession betroffen, für die sie selbst keine Verantwortung tragen. Die Krise wurde von den reichen auf die armen Länder übertragen durch:

- Rückgang der Direkt- und Portfolioinvestitionen sowie der Kreditvergabe von Nord nach Süd;
- Rückgang der Überweisungen von MigrantInnen in ihre Heimatländer;
- Rückgang der Nachfrage nach Exportprodukten des Südens und in Folge auch ein Preisverfall;
- Stagnation oder bei einzelnen Gebern sogar Rückgang bei der globalen Entwicklungshilfe.

Laut Weltbank werden durch die Krise zwischen 55 und 90 Millionen Menschen zusätzlich unter die globale Armutsgrenze von 1,25 US-\$ am Tag abrutschen. Und die Zahl derer, die zwar Arbeit haben, aber von

ihrem Einkommen nicht leben können, wird um 93 Millionen zunehmen. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass allein infolge der Krise zwischen 200.000 und 400.000 Kinder pro Jahr an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten sterben werden.

Neue Schuldenkrise droht

Im Bericht wird auf einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel infolge der Finanzkrise hingewiesen: Staatliche Interventionen – von der neoliberalen Politik zuvor abgelehnt – wurden über Nacht akzeptabel, um einen Zusammenbruch des weltweiten Finanzsystems abzuwenden.

Allerdings hatten nur die wenigsten Staaten in den Phasen des Wachstums genügend Rückstellungen gebildet, um umfangreiche öffentliche Programme zur Stimulierung der Wirtschaft aus eigener Tasche finanzieren zu können. Daher waren fast alle Staaten gezwungen, sich das Geld für diese Programme an den globalen Finanzmärkten bei reichen privaten Anlegern zu leihen.

Den Industrieländern fiel dies in der Regel leichter als den Schwellenländern, aber auch erstere geraten in bedrohliche Überschuldungssituationen (siehe Griechenland, Irland und Spanien). Die meisten ärmeren Länder hatten und haben kaum Spielräume, ohne dass ihnen eine erneute Überschuldungskrise droht, sobald die neuen Kredite zur Rückzahlung fällig werden. Alle müssen sich fragen, ob es wirklich sinnvoll ist, die Wirtschaft zu stimulieren – um den Preis von Überschuldung.

Landkarte der Verschuldung

Die Forscher untersuchten im Rahmen des Schuldenreports 99 Staaten näher, bei denen

ein »Anfangsverdacht« auf eine mögliche Überschuldungssituation bereits vor der Krise oder im Zusammenhang mit dieser besteht. Ergebnis ist die »neue Landkarte der Verschuldung« (siehe Abbildung), in denen diese Länder in zwei Beurteilungskategorien bewertet werden:

- nach ihren aktuellen Schuldenindikatoren (»unproblematisch«, »mittel« oder »hoch«)
- nach dem Risiko einer Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit im Zusammenhang mit der Weltfinanzkrise (»hoch« oder »mittel«)

Die Problemgruppen

Die Länder in der kritischsten Kategorie, nämlich der der aktuellen Zahlungsunfähigkeit, sind – wenig überraschend – mit einer Ausnahme HIPC-Länder, die noch vor dem Completion Point, d.h. vor der endgültigen Umsetzung eines Schuldenerlasses stehen.

In dem problematischsten Mix der 20 Länder mit hohen Schuldenindikatoren und einer hohen Verwundbarkeit infolge der Krise finden sich drei Gruppen von Ländern:

- 9 Staaten, die die HIPC-Initiative bis zur kompletten Schuldenstreichung durchlaufen haben, die jedoch bereits wieder kritische Werte aufweisen: Burkina Faso, Burundi, Elfenbeinküste, Eritrea, Äthiopien, Gambia, Haiti, Sao Tomé & Principe.
- 7 Staaten Mittelosteuropas und Zentralasiens, welche vor 20 Jahren noch Teil des Ostblocks waren: Bulgarien, Kroatien

192 Staaten sind Mitglied der Internationalen Finanzinstitutionen; davon sind 134 Länder im Debtor Reporting System der Weltbank; davon haben 35 Länder zweifelsfrei kein Auslandsschuldenproblem; bleiben 99 Länder mit einem »Anfangsverdacht«; davon erweisen sich

13 Länder bei der Untersuchung als problemlos; bleiben

86 Länder mit einer möglicherweise kritischen Auslandsverschuldung; von diesen sind

10 Länder aktuell zahlungsunfähig

27 Länder haben Schulden jenseits aller kritischen Grenzwerte; weitere

23 Länder liegen auf oder knapp über den Grenzwerten, und bei

26 Ländern werden die Grenzwerte klar unterschritten, aber sie sind in Gefahr, durch externe Schocks schnell in eine Überschuldungssituation abzugleiten.

(Quelle: Schuldenreport 2010)

tien, Lettland, Moldawien, Serbien, Tadschikistan, Ukraine.

- 4 Zwergstaaten, davon drei kleine Inseln: Dschibuti, Grenada, Malediven, Seychellen.

Dabei gibt es Staaten, bei denen hauptsächlich die private Kreditaufnahme den Überschuldungsprozess bewirkte (hauptsächlich in Osteuropa), und Staaten, bei denen die Finanzierung öffentlicher Budgets diese Rolle spielte (eher in Zentralsien).

Gläubigerinteressen

Der Report macht deutlich, dass der Blick auf die Interessen der Kreditgeber nicht vernebelt werden darf. So wird darauf hingewiesen, dass z.B. das Communiqué des G20-Gipfels in London den Hinweis enthielt, man werde 250 Mrd. US-\$ in Form neuer Handelsfinanzierungen bereit stellen. In diesem Umfang sollen zusätzliche Exporte aus den G20-Staaten in ärmere Länder öffentlich abgesichert werden.

Dadurch wird die Exportwirtschaft der reicheren Länder in Entwicklungs- und Schwellenländer massiv gefördert. Erwartet wird eine Zunahme kritikwürdiger Exporte, so dass auf diesem Wege den Schuldnerländern letztlich als illegitim zu bezeichnende Schulden aufgebürdet würden.

Die große Frage, die diesbezüglich im Report gestellt wird, lautet: »Wie kann in dieser brisanten Konstellation eine Entschuldungspolitik aussehen, die der delikaten Balance zwischen notwendigen Kapital- und

Güterimporten auf der einen und der neuen Überschuldungsgefahr auf der anderen Seite gerecht wird?« Die Autoren halten fest, dass akzeptiert werden müsse, dass klare, rigorose Schnitte in einer frühen Phase der Krise einer langen Phase defensiver Ausleihungen unbedingt vorzuziehen sind. Alles andere würde kostspieliger und als jahrelang anhaltende Staatsfinanzkrise für viele Menschen im Süden tödlich.

Das zweite wichtige Prinzip sei, dass keine Differenzierung nach Länder- und Gläubigerkategorien vorgenommen werde. Alle müssten an den Verhandlungstisch, kein Gläubiger dürfe gewinnen, während andere Opfer bringen. Nicht zu vergessen sind dabei die privaten Gläubiger. Im Falle Deutschlands z.B. ist deren Bedeutung größer als die des Staates. Während die Bundesrepublik Ende 2007 Forderungen aus Entwicklungshilfe und Handelsgeschäften von insgesamt 23,7 Mrd. Euro gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern hatte, hielten deutsche Banken gut ein Jahr später Forderungen von 167 Mrd. US-\$. Zu den Forderungen von Privatpersonen und Unternehmen sind keine Zahlen bekannt.

Internationale Insolvenzordnung

Hoffnung wird auch auf die Einführung einer internationalen Insolvenzordnung gesetzt, die einem verschuldeten Land zusichert, in einem geeigneten Rahmen Zugang zu einem unparteiischen (nicht Gläubigerdominierten) und rechtsstaatlichen Verfahren zu haben. Ähnlich wie bei der Privatsolvenz muss dabei ein Existenzminimum

»Die Gläubiger sind nicht plötzlich lammfromme Entwicklungsfinanzierer geworden.«

berücksichtigt werden. Ein solches Verfahren auch für Staaten würde auch dazu beitragen, dass zukünftige Gläubiger besser einschätzen können, woran sie mit einem Schuldnerland sind.

Auf Druck von erlassjahr.de hat die neue Bundesregierung die Schaffung einer solchen internationalen Insolvenzordnung als ein Ziel ihrer Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag verankert. Der IWF hat selbst im März 2009 in einer Studie festgesetzt, dass 31 Niedrigeinkommenländer von Überschuldung bedroht sind. Fast zwei Drittel von ihnen gehören zu den Staaten des HIPC-Verfahrens!

Eine baldige Umsetzung einer internationalen Insolvenzordnung ist angesichts der drohenden neuen Schuldenkrise dringend erforderlich.

Beate Bockting

Quelle: Schuldenreport 2010, hrsg. von erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. und Kindernothilfe e.V.
Download unter: http://www.erlassjahr.de/dev/cms/upload/2009/dokumente/presse/schuldenreport/Schuldenreport_2010.pdf

Die Schuldenfesseln Haitis

Nach der Lebensmittelkrise, die im Jahr 2008 Hungerproteste auf Haiti ausgelöst hatte, wurde der Karibikstaat im Januar dieses Jahres von einem verheerenden Erdbeben getroffen. Mit den Bildern der Zerstörung gerieten hier und da auch Hintergrundberichte an die Öffentlichkeit, die sich u.a. mit der Schuldenproblematik des ärmsten Landes der westlichen Hemisphäre beschäftigten.

Wieder wurden Forderungen nach einem Schuldenerlass für das leidende Land laut. Und das obwohl Haiti am 1. Juni 2009 im Rahmen des HIPC-Verfahrens bereits 1,2 Mrd. US-\$ an Zahlungsverpflichtungen komplett aus den Büchern gestrichen wurden. Doch zuvor war die Landwirtschaft der Insel unter dem Druck von IWF und Weltbank liberalisiert worden. Die Einkommen der Landbevölkerung und die Ernten fielen in den Keller. Subventionierte Billigimporte von Reis und anderen Nahrungsmitteln machten Haitis Bauern arbeitslos.

Auch nach dieser »erfolgreichen« Entschuldungsinitiative waren noch genügend bilaterale und multilaterale Verbindlichkeiten verblieben, um die mittel- und langfristige Entwicklung des Landes zu gefährden. Auf rund eine Milliarde US-\$ werden die noch ausstehenden Schulden beziffert, die skrupellose Regierungen mit Hilfe internationaler Finanzinstitutionen und westlicher Länder angehäuft haben.



In einem Brief wandte sich erlassjahr.de gemeinsam mit den Hilfswerken Kindernothilfe, Adveniat und Misereor an Bundesfinanzminister Schäuble und forderte ihn auf, eine vollständige Streichung aller

Forderungen des Internationalen Währungsfonds an Haiti durch den Einfluss der Bundesregierung geltend zu machen.

In dem Schreiben erinnerten die Organisationen daran, dass Haiti mehr als andere arme Länder seine ganze Geschichte hindurch ein überschuldetes Land gewesen ist. Das Verschuldungsdrama begann vor rund 200 Jahren, als die ehemalige Kolonialmacht Frankreich von Haiti hohe Reparationszahlungen für seine »Verluste« an Eigentumswerten und Sklaven verlangte. Ehemalige Plantagenbesitzer sollten entschädigt werden. Schon zehn Jahre nach der Vereinbarung von 1825 musste Haiti Kredite aufnehmen, um diese Zahlungen weiter leisten zu können. Im 20. Jahrhundert kam es dann zur skandalösen Zusammenarbeit westlicher und multilateralen Geber mit den Duvalier-Regimes, was einen weiteren beständigen Ressourcenabfluss bewirkte und das Land bis heute in Armut und Abhängigkeit gehalten hat.

Ein Vermächtnis

Im April erscheint im Ulrike Helmer Verlag unter dem Titel »Mariannes Vermächtnis« eine Biografie, die – nicht nur! – die Leserinnen und Leser der FAIRCONOMY interessieren wird. Autorin ist die Ehrenvorsitzende der INWO Deutschland, Wera Wendnagel.



Wera, nach »Mama Moneta oder die Frauenfolge« aus dem Jahr 1990 ist »Mariannes Vermächtnis« Dein zweites Buch. Beide Titel lassen darauf schließen, dass Frauen darin eine besondere Rolle zukommt. Außerdem hast Du beide Bücher im Ulrike Helmer Verlag veröffentlicht. Handelt es sich um feministische Literatur?

Nein, feministisch ist dieses Buch nicht, wenn auch zwei Frauen darin eine wichtige Rolle spielen.

Welches Zielpublikum willst Du erreichen?

Auf jeden Fall kein ökonomisches Fachpublikum. Es handelt sich ja um eine erzählende Literaturform für alle, die merken, dass in unserer Welt etwas schief läuft; besonders die, denen die gegenwärtige Finanzkrise doch sehr zu denken gibt.

Anfangs waren die freiwirtschaftlichen Geld- und Bodenreformideen für Dich nur so etwas wie eine rein familiäre »Denksportaufgabe«. Du hast dich zunächst mehr für Friedens-, Frauen- und Umweltthemen interessiert. Ab wann hast Du die »Denksportaufgabe« ernst genommen?

Außer meiner Mutter und ein paar komischen Alten fand ich zunächst niemanden, der die Freiwirtschaft kannte. Bei allen meinen anderen politischen Aktivitäten hatte ich sie als Lösungsansatz im Hinterkopf, habe mich aber nur lächerlich gemacht, wenn ich sie auch nur vorsichtig erwähnte.

Als nach dem Ende des Wirtschaftswunders die Negativseiten des Kapitalismus immer mehr zum Vorschein kamen, aber auch der so genannte reale Sozialismus in der DDR nicht funktionierte und besonders als die fürchterlichen Gräueltaten im maoistischen China, in Kambodscha und anderswo bekannt wurden, da sprachen wir, Mutter und Tochter, bald nur noch über die Möglichkeit, wie die freiwirtschaftliche Idee der neuen Zeit angepasst und in großem Umfang verbreitet werden könnte.

In den 1990ern warst Du dann ein Jahrzehnt lang Vorsitzende der INWO, die sich ja mit diesen ökonomischen, vor allem monetären, Fragen befasst.

Wie war es für Dich als Frau, dich auf einem Gebiet zu bewegen, das weithin eher eine Männerdomäne ist?

Ich habe gar nicht wahrgenommen, dass es sich um eine reine Männerdomäne handelt. Eher fühlte ich mich als Laie in einem elitären Kreis kluger, liebenswerter Männer, denen aber eines fehlte: der Zugang zu den Problemen einfacher, arbeitender, armer und weniger gebildeter Menschen.

Warum sind die freiwirtschaftlichen Geld- und Bodenreformideen gerade für Frauen so interessant?

Nun, da ist zum einen die Geschichte der Freiwirtschaft. Ihr Begründer, Silvio Gesell, hat ja in seinen Schriften stellenweise die Frauen, bzw. die Mütter, idealisiert, zum anderen ist es die soziale Komponente, die vielleicht Frauen besonders ansprechen könnte. Die Rückverteilung der Bodenrente, die ja auch als »Mütterrente« oder Erziehungsgeld diskutiert wird, könnte besonders Frauen interessieren.

Was ist Dir angesichts der noch längst nicht ausgestandenen Wirtschaftskrise besonders wichtig? Worauf sollte sich die INWO Deiner Meinung nach fokussieren?

Mitstreiter gewinnen, aufklären! Wir brauchen viel mehr aktiv mitarbeitende Unterstützer, die nicht nur unser leicht verständliches, ansprechendes Infomaterial in großen Mengen verteilen, sondern die auch den Mut haben, die freiwirtschaftliche Sicht in jede Diskussion mit einzubringen. Dabei sollten sie die Ansprüche an sich selbst und andere nicht zu hoch schrauben.

Natürlich brauchen wir auch jede Menge rhetorisch und psychologisch geschulte, gute Referenten. Aber der Zusammenhalt unter den Mitgliedern sollte stressfrei sein. Unterschiedliche Meinungen sind möglich und müssen nicht unbedingt zu Ausgrenzungen und Streit führen. Konflikte sollten geduldig und friedlich ertragen werden.

Was können Frauen konkret tun, um der weiblichen Perspektive in der Wirtschaft zu mehr Geltung zu verhelfen?

Sich in der INWO engagieren. ■

Wera Wendnagel: *Mariannes Vermächtnis - oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte.* Ulrike Helmer Verlag, Paperback: 352 Seiten, Sulzbach 2010. ISBN 978-3-89741-304-7, Preis: 29,95 Euro / 49,90 SFr



Die Hoffnung auf die Veränderbarkeit der Verhältnisse geleitete eine Mutter und ihre Tochter durch die Wirren des Krieges. Die Kraft, mit der sie der politischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten trotzen und ihre eigenen

Wege gingen, gründete in ihrer Überzeugung von einem alternativen Wirtschaftsmodell jenseits von Kapitalismus und Kommunismus: der »Freiwirtschaft«, die auf den deutsch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell zurückgeht. Die politische Verfolgung der Eltern und die Kriegsergebnisse brachten das Mädchen Wera mit verschiedenen Weltanschauungen – von Anarchismus über Sozialismus und Faschismus bis hin zu Anthroposophie – in Berührung und verschlugen sie für einige Jahre nach Argentinien. Die Liebe führt Wera nach Deutschland zurück, wo sie ihre zum Pflegefall gewordene Mutter betreut. Der nach wie vor geistig regen Frau gelingt es, die Tochter nun ernsthaft für ökonomische Zusammenhänge zu interessieren.

Zur Person Wera Wendnagel

Wera Wendnagel wechselte kriegsbedingt zehnmal die Schule. Nach fünf Jahren in Argentinien arbeitete sie als Auslandskorrespondentin und pflegte ihre Mutter. Später heiratete sie und adoptierte eine Tochter. Es folgten Abendschule, Studium und politisches Engagement. Die jetzige Ehrenvorsitzende war von 1991 – 2001 Vorsitzende der INWO Deutschland und gehörte bis 2008 der Redaktion des Rundbriefs und der FAIRCONOMY an.

Deutschland

Fr.-Sa., 19.-20. März 2010, TU Dortmund, Campus Nord, Emil-Figge-Str. 50

■ 9,5 Thesen – Christen scheren aus dem gegenwärtigen Finanzsystem aus

Mit einem Vortrag über »Wege aus der Wachstumsspirale« von Privatdozent Dr. Niko Paech und einer Forumsdiskussion unter dem Motto »Christen scheren aus, aber wie?« mit Pfarrer Franz Meurer, Thomas Begrich (Kirchenamt der EKD), Dr. Christoph Körner (Regiogeld Zschopautaler), Ulrike Chini (Oikocredit), Peter van den Bruck (Pax Bank), Falk Zientz (GLS Bank) und Prof. Dr. Thomas Ruster vom Initiativkreis 9,5 - Moderation: Ralf Becker

Außerdem Zukunftswerkstatt »World Café« und Open Space

Auskunft: Initiativkreis 9,5.
E-Mail-Kontakt: becker.nrw@gmx.de,
Internet: www.9komma5thesen.de

Sa.-So., 20.-21. März 2010, Reinhardswaldschule Fuldatal-Simmershausen (bei Kassel)

■ Mit Wachstum aus der Finanzkrise in eine weitere Umweltzerstörung?

46. Mündener Gespräche

Am Samstag:

- 10.15 Uhr Grundgedanken der postkeynesianischen, neoklassischen und neueren Wachstumstheorien (Prof. Dr. Thomas Huth, Leuphana-Universität Lüneburg)
- 14.30 Uhr Die Sehnsucht nach unschädlichem Wirtschaftswachstum – Ist sie erfüllbar? Plädoyer für eine ehrliche Nachhaltigkeitspolitik (Prof. em. Dr. Gerhard Scherhorn, Mannheim)
- 16.30 Uhr Zins und Wirtschaftswachstum – Sisyphos als Umweltökonom (Prof. Dr. Dirk Löhr, FH Trier – Umweltcampus Birkenfeld)
- 20.00 Uhr Gibt es einen monetären Wachstumszwang? (Ass.jur. Fritz Andres, Kirn/Nahe)

Am Sonntag:

- 9.00 Uhr Eine Postwachstumsökonomie als Voraussetzung für wirksamen Klimaschutz (PD Dr. Niko Paech, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg)
- 11.00 Uhr Abschließende Podiumsdiskussion mit den Referenten der Tagung und offenes Gespräch mit den TeilnehmerInnen
Anmeldung: Andreas Ehrich,
E-Mail: ehrich@sozialoekonomie.info,
Fax: 032 21-23 38 300
Tagungsgebühr: 25 €, Tagesgäste 15 € (Richtsatz)

Sa.-So., 27.-28. März 2010, Seminar für Freiheitliche Ordnung, Bad Boll, Badstraße 35

■ Wem gehört die Erde, wem die Atmosphäre?

Tagung bzw. Elementarseminar im SFFO
Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst v. Heynitz referieren zu folgenden Themen:

Die Erde als Erbteil der ganzen Menschheit, Die Fehlsteuerungen unserer kapitalistischen Bodenordnung, Durch entgeltliche Nutzungsrechte zu einer effizienten Nutzung der Erdoberfläche, Strukturprobleme des Kyoto-Protokolls und das Scheitern von Kopenhagen, Klimapolitik nach den Grundsätzen und Maßstäben der Bodenreformbewegung

Weitere Infos und Anmeldung: www.sffo.de

**Di., 30. März 2010, 19.30 Uhr
VHS Gerlingen**

■ Außer Kontrolle? Warum unser Finanzsystem so nicht funktionieren kann

Vortrag von Frank Böhner, Vorsitzender der INWO Deutschland

Eintritt 6 €

Fr.-So., 9.-11. April 2010

Berlin Volksbühne, Rosa-Luxemburg-Platz

■ ATTAC-Bankentribunal

Wo Strafrecht und Zivilrecht nicht weiterhelfen, organisieren wir einen »Zivilgesellschaftsprozess«: ein Tribunal mit RichterInnen, AngklägerInnen, VerteidigerInnen und zahlreichen Zeuginnen und GutachterInnen. Wir klagen Vertreter dreier deutscher Bundesregierungen an, Banker und Aktionäre sowie ihre »Komplizen« in Wirtschaftsprüfungsbüros und Rating-Agenturen. Und wir wollen über die persönliche Verantwortung hinaus die systemischen Ursachen der Krise sichtbar machen.

Ein spannender Auftakt mit einem prominenten Gast und eine Lesung mit Schauspielern der Volksbühne eröffnen das Wochenende. Am Samstag wird der zentrale Tag des Tribunals sein. Am Sonntag gibt es ein Forum der Alternativen, auf dem Perspektiven für eine andere (Finanz-)Welt diskutiert und konkrete Handlungsmöglichkeiten erörtert werden.

Weitere Infos: www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal/

Sa.-So., 10.-11. April 2010, Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86

■ Mitgliederversammlung 2010 der INWO Deutschland

Weitere Infos unter www.INWO.de

Di., 13. April 2010, 19.30 Uhr, VHS Gerlingen

■ Geld regiert die Welt – warum eigentlich?

Vortrag von Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger
Eintritt 6 €

Sa., 17. April 2010, 11.00-19.00, Dülmen bei Münster, Barbara-Haus, Kapellenweg 75

■ Fairconomy-Tagesseminar

Referent: Klaus Willemsen, Veranstalter: attac-Gruppe Coesfeld & INWO e.V.

Anmeldungen an Klaus Willemsen:
fairconomy@klaus-willemsen.de;
Tel.: 0211-304105

oder Joachim Gogoll: Jfgogoll@aol.com
Anmeldegebühr 10€ (inkl. Mittagessen)

Mo., 19. April 2010, 20.00 Uhr, VHS Heiningen (bei Göppingen), Musiksaal der Ernst-Weichel-Schule

■ Der Geist des Geldes

Film- und Vortragsabend »Wie kommen wir aus der Finanzkrise?« mit Helmut Rau (INWO)

Yorick Niess hat mit seinem Film eine aufrüttelnde Dokumentation über die Erfindung Geld und ihre Folgen für die Menschheit gedreht. Es wird eine 35-minütige Essenz daraus gezeigt.

An die Filmvorführung schließt sich eine spannende Finanzdiskussion an! Zum Beispiel wird geklärt, warum überall von Wachstum gesprochen wird, wir es im Moment benötigen, obwohl es unsere Umwelt zerstört. Mit Simulationsspielen und Präsentationen werden solche und andere Zusammenhänge plastisch und klar dargestellt. Teilnehmer aus bisherigen Veranstaltungen berichten, dass sie nun erstens die Funktion des Geldes verstehen, sie zweitens, und das ist das Wichtigste, wissen, was sie tun können, und drittens, viele aktuelle Vorgänge in unserer Wirtschaft besser verstehen.

Infos: VHS Heiningen, Tel.: 07161-2900660
Unkostenbeitrag: 5 €

Fr., 23. April 2010, 19-24 Uhr, Leinfelden, Stadtbücherei und VHS am Neuen Markt, Seminarraum 1 und 2-10

■ Die Lange Nacht des Geldes

Diese neuartige Veranstaltung einer Langen Themen-Nacht bietet ein buntes Angebot an Darbietungen rund ums Geld – ernsthafte Kurzvorträge ebenso wie heitere Unterhaltung und anschauliche Ausstellungsobjekte.

Die Themen u.a.:



- Wie stehe ich, bewusst und unbewusst, zu Geld und Erfolg?
- Außer Kontrolle? Instabile Finanzmärkte – eine Zeitbombe?
- Geld und Zins in der jüdisch-christlichen Religion
- Geld- und Finanzpolitik in der aktuellen Krise
- Momo – Michael Ende, die Grauen Herren und das Mysterium des Geldes
- Jenseits von Gut und Böse (Literaturperformance mit Geschichten und Anekdoten)
- Vom Tausch zum Geld (Kleinausstellung des Deutschen Spielkartenmuseums)

Sa., 24. April 2010, 11.00-19.00 Uhr, Köln, Melancthon-Akademie, Kartäuserwall 24b

■ **Fairconomy-Tagesseminar**

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln
Infos: www.INWO.de/Koeln

Anmeldung: Klaus Willemsen,
E-Mail: fairconomy@klaus-willemsen.de,
Tel.: 0211-304105

Mi.-So., 12.-16. Mai 2010, München

■ **Ökumenischer Kirchentag in München mit INWO-Beteiligung**

Details unter: www.oekt.de

Fr.-So., 11.-13. Juni 2010, Reinhardswaldschule in Fuldatal-Simmershausen (bei Kassel)

■ **Und wer regiert das Geld? Zukunft entsteht aus Krise: Demokratie und Geld**

Jahrestagung Mehr Demokratie e.V.

Die Geldfrage ist – wie spätestens die Finanzkrise gezeigt hat – die Frage nach der tatsächlichen Macht in Staat und Gesellschaft. In einer Demokratie besteht zumindest der Anspruch, dass das Volk und seine Vertreter grundlegende Spielregeln auch für das Wirtschaftsleben bestimmen.

Infos: www.mehr-demokratie.de/jahrestagung.html

Fr.-So., 11.-13. Juni 2010, Evangelische Akademie Bad Boll (bei Stuttgart)

■ **Ist eine andere Weltwirtschaft möglich?**

Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen in Entwicklungs- und Schwellenländern

Tagung der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)

Infos: www.CGW.de

Sa., 12. Juni 2010, 11.00-19.00 Uhr, Köln, Melancthon Akademie, Kartäuserwall 24b

■ **INWO-Vertiefungsseminar**

Mit Prof. Dirk Lühr und Klaus Willemsen
Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln
Infos: www.INWO.de/Koeln

Anmeldung: Klaus Willemsen,
E-Mail: fairconomy@klaus-willemsen.de,
Tel.: 0211-304105

Fr.-So., 2.-4. Juli 2010, Evangelische Akademie Loccum (bei Hannover), Münchehäger Straße 6

■ **Politik in der Wachstumsfalle. Wohlstand und Vollbeschäftigung – wie geht das ohne Wachstum?**

Wirtschaftswachstum ist das Kernprinzip unserer Politik. Wachstum soll Arbeitsplätze schaffen, Einkommen steigern, die Sozialkassen sichern und den Staat finanzieren. Aber ist es wirklich ein solch omnipotentes Heilmittel?

Anlässlich des 80. Geburtstags von Gerhard Scherhorn wird unsere Wachstumsorientierung kritisch hinterfragt. Wie lässt sich die Externalisierung privater Kosten wirksam unterbinden? Wie lässt sich eine nachhaltige Wirtschaft mit geringem Mengenwachstum organisieren?

Infos: www.loccum.de/programm/ und
www.INWO.de/Wachstum

Schweiz

Do., 18. März 2010, 18.30 Uhr, Zürich, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14

■ **Treffen der INWO-Regionalgruppe Zürich**

Complino Tauschwerkstatt – Mehr als eine Komplementärwährung

Referent: Lucas Huber, Geschäftsführer Complino

Sa., 27. März 2010, Bahnhof Lenzburg, Gleis 1 (gelbes Haus)

■ **TALENT-Mitgliederversammlung & Markt**

Fr.-So., 9.-11. April 2010, Zürich, Kongresshaus

■ **Altruismus und Mitgefühl in Wirtschaftssystemen**

Ein Dialog an der Schnittstelle der Wirtschaftswissenschaften, Neurowissenschaften und Kontemplativwissenschaft, u.a. mit dem Dalai Lama

Mehr Infos: www.compassionineconomics.org

Do., 15. April 2010, 18.30 Uhr, Zürich, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14

■ **Treffen der INWO-Regionalgruppe Zürich**

Weitere Treffen am 20. Mai und 17. Juni 2010, 18.30 Uhr

Fr.-Sa., 23.-24. April 2010, Goetheanum Dornach

■ **Geld – regional und global, von oben und von unten**

Tagung zum Verhältnis von Weltwährungen und Komplementärwährungen, von Monoporgeld und vielen Bürgergeldern

Die Devise ist: Mut zum Bürgergeld! Vernetzung von Tauschringen, Regiogeldinitiativen, Zeitbankinitiativen, Social Banking, Grundeinkommensbestrebungen...

Die Tagung soll ein Treffpunkt werden für möglichst viele erfahrene Aktivistinnen und aktive Interessenten, die Mut gewinnen wollen für das Starten einer neuen Bürgergeld-Initiative auf dem Gebiet der gemeinwohlorientierten Regionalwirtschaft

Diese Tagung ist als Teil einer Reihe weiterer Goetheanums-Veranstaltungen geplant:

- 11.-12. Juni 2010

Das Geld anders denken!

Mit Univ. Prof. Hans Christoph Binswanger, Johannes Stüttgen und Claudine Nierth

- 19.-20. November 2010

Bürgergeld verwirklichen – Worauf es beim erfolgreichen Realisieren ankommt

Kontakt: Otmar Donnenberg,

Tel.: 07621-578 95 35, Fax: 07621 578 95 36

Weitere Infos: www.goetheanum.org

Sa., 24. April 2010, Zürich, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14

■ **Generalversammlung der INWO Schweiz**

mit musikalischem Rahmenprogramm und einer kulinarischen Überraschung. Themen u.a.: Statutenänderung für eine anerkannte Gemeinnützigkeit und Finanzplanung. Ausserdem wird über ein ereignisreiches Jahr berichtet!

Fr.-Sa., 7.-8. Mai 2010, St. Gallen

■ **Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (SUFO) unter Beteiligung der INWO-CH**

Mehr Infos: www.sufo.ch

Generalversammlung 2010: 20 Jahre INWO Schweiz

Zu einer Jubiläums-GV lädt die INWO Schweiz am Samstag, 24. April 2010, um 14 Uhr in Zürich ein. Im Zentrum Karl der Grosse gibt es neben einem musikalischen Rahmenprogramm auch eine kulinarische Überraschung. Details folgen mit der Einladung. Themen werden unter anderem eine Statutenänderung für eine anerkannte Gemeinnützigkeit und die Finanzplanung sein. Ausserdem wird über ein ereignisreiches Jahr berichtet!

Besonders gefragt sind weitere Vorstandsmitglieder. Der bisherige Vorstand würde sich über mindestens zwei weitere Mitglieder, gerne Frauen, freuen, die das dynamische Team und das leistungsfähige Sekretariat ergänzen.

Einzelheiten zur Generalversammlung sind auch unter <http://www.INWO.ch> und im Sekretariat abrufbar.

Sekretariat mit **neuer Anschrift** und Telefonnummer

Das ein Umzug nötig wird, hat sich bereits im Frühjahr 2009 mit dem Auszug der Grünen Aargau aus der Bürogemeinschaft in Aarau abgezeichnet. Zuvor hatte bereits das Talent Schweiz seinen Arbeitsplatz in Privaträume verlegt. Nach der erfolglosen Suche nach einem geeigneten Büro im Raum Bern konnte der Vorstand Ende August eine attraktive Lösung für dieses Problem finden. Unsere neue Mitarbeiterin Monica Gassner erklärte sich bereit, das Sekretariat künftig von Wettingen aus zu erledigen. Ausserdem stellte Vorstandsmitglied Alec Gagneux den Keller seines Wohnhauses in Brugg als Archiv- und Lagerraum für den Versand der INWO zur Verfügung.

In den rund zwölf Jahren, in denen sich die INWO das Büro in Aarau mit dem Talent und den Grünen geteilt hat, waren zahlreiche Medien und Unterlagen zusammen gekommen. Deswegen wurde mit den konkreten Vorbereitungen für den Umzug bereits Ende Oktober begonnen. Bei der Inventur der verschiedenen Medien durch Jens Hakenes und Frank Moser entstand eine imposante Liste von mehrfach vorhandenen Titeln, die nun zu Sonderkonditionen zu haben sind (erhältlich im Sekretariat, unter <http://www.INWO.ch> und auf den Umschlagseiten der Schweizer Ausgabe). Jeweils ein Exemplar wurde für das Archiv der INWO Schweiz zurückgelegt.

Die nächste Etappe wurde in der Altjahrswoche in Angriff genommen. Berge von Dokumenten wurden durch Frank Moser gesichtet und archiviert oder als Altpapier

entsorgt. Zu Beginn des Jahres zügelte Monica Gassner dann zusammen mit Hansruedi Weber den INWO-Computer und richtete das Büro in ihrer Wohnung in Wettingen ein. Die neue Telefonleitung konnte Daniel Meier als ausgebildeter Elektriker direkt ins Sekretariat ziehen. Der letzte und größte Teil des Umzugs fand am 22. Januar 2010 statt. Mit geliehenem Auto und Anhänger transportierten die Vorstandsmitglieder Alec Gagneux und Frank Moser das Archiv, die Verpackungs- und Versandmaterialien, Büchergestelle und einige Möbel nach Brugg. Überzählige Möbel konnten zu einem guten Teil in den nahen Brockenhäusern abgeliefert werden. Nur wenige Möbel und ältere Elektrogeräte mussten entsorgt werden.

Durch den Umzug wurden im vergangenen Winterhalbjahr beachtliche personelle und auch finanzielle Ressourcen gebunden, die nun wieder frei werden. Der Entscheid, das Sekretariat der INWO privat unterzubringen, ist sicher richtig. Die INWO spart damit die Mietkosten für einen Büroraum ein, der oft nur einen Tag in der Woche genutzt wurde. Mit dem neuen Sekretariat sind wir ausserdem flexibler, auch weil wir mit Unterstützung von Jens Hakenes zahlreiche technische Lösungen einführen konnten, die ortsunabhängig und dezentral funktionieren. Durch eine klarere Verteilung der Verantwortlichkeiten ist zudem die Gefahr von Leerläufen, Reibungsverlusten und sich aufstauenden Arbeiten gesunken – ebenso wie die Gefahr, dass sich in den nächsten zwölf Jahren wieder viele Medien und Unterlagen auf türmen.

Frank Moser



Ihre Ansprechpartnerin im INWO-Büro: Monica Gassner

Erreichbar ist das Sekretariat nun per Post an ...

INWO Schweiz
Postfach 3161
5430 Wettingen 3

... und telefonisch unter 056 4266090 sowie nach wie vor per E-Mail an Buero@INWO.ch.

INWO @ **Sozial- und Umweltforum 2010**

Am 7. und 8. Mai 2010 will das Sozial- und Umweltforum (SUFO) Menschen aller Altersgruppen die Möglichkeit bieten, über gesellschaftliche, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Themen zu debattieren. Ausserdem geht es den SUFO-Machern darum, von St.Gallen aus die Ostschweiz und ihre Organisationen mit der ganzen Welt zu vernetzen. Wie bereits in den vergangenen drei Jahren wird sich die INWO aktiv daran beteiligen.

Am Samstag, 8. Mai, wird die INWO von 10 bis 16 Uhr mit einem Infostand vor Ort sein. Ausserdem werden zwei Workshops angeboten, die jeweils rund zwei Stun-

den dauern. Vormittags wird unter dem Titel »Let's make money« die Problematik des Geldsystems ergründet. Am Nachmittag werden »nachhaltige Lösungsansätze zum Geld- und Bankensystem« wie die Monetative (<http://www.monetative.ch>) vorgestellt und diskutiert. Geleitet werden beide Workshops durch die INWO-Vorstände Daniel Meier und Hendrik Barth (siehe S. 15).

Für die Betreuung des Infostandes sind weitere HelferInnen willkommen! Details sind im Internet unter <http://www.INWO.ch> und <http://www.sufo.ch> zu finden sowie in unserem Sekretariat erhältlich.

→

Workshop 1

(Sa., 08.05.2010, vormittags, ca. 2 Stunden)

Let's make money – Die Problematik des Geldsystems

Wie wird Geld vermehrt? Kann Geld wirklich arbeiten? Wieso werden Reiche immer reicher und Arme immer ärmer? Was sind die Unterschiede zwischen sparen, investieren und spekulieren? Wie kann man/frau korrigierend eingreifen, um Geldgier und Umweltkrise zu dämpfen? Wir werden gemeinsam Antworten auf diese Fragen finden und die Fehler im Geldsystem durchschauen.

Workshop-Leitung:

Hendrik Barth (Vorstandsmitglied INWO Schweiz)

Daniel Meier (Vorstandsmitglied INWO Schweiz)

Workshop 2

(Sa., 08.05.2010, nachmittags, ca. 2 Stunden)

Finanzkrise – nachhaltige Lösungsansätze zum Geld- und Bankensystem

Heute gilt »Gewinne zugunsten von Privaten – Verluste zulasten der Gesellschaft«. Welche Rolle spielen dabei die Schweizerische Nationalbank bzw. die privaten Geschäftsbanken? Wie wird überhaupt Geld »geschöpft«? Dazu klären wir den Unterschied zwischen Geld und Zahlungsmittel. Wir erarbeiten einen verständlichen Lösungsansatz zur Korrektur des Finanzsystems.

Workshop-Leitung:

Daniel Meier (Vorstandsmitglied INWO Schweiz)

Hendrik Barth (Vorstandsmitglied INWO Schweiz)

Weitere Infos in Kürze unter: <http://www.sufo.ch!>



Fritz Schwarz:

Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker

Schwarz' Hauptwerk über die Geschichte des Geldes ist mit tatkräftiger Unterstützung seiner Tochter Ruth Binde als Neuauflage im Darmstädter Synergia Verlag erschienen. Das Buch mit rund 260 Seiten war erstmals 1925 erschienen und ist nun für rund CHF 30 wieder bei der INWO Schweiz zu haben.

In der WOZ hat es bereits für eine passende Schlagzeile gesorgt. Unter der Überschrift »Geld muss fließen« wurde das Vorwort der Soziologen Ueli Mäder und Simon Mugier veröffentlicht, in dem die Wissenschaftler auch ausführlich auf das bewegte Leben von Fritz Schwarz (1887–1958) eingehen. Im Mittelpunkt steht jedoch der aktuelle Bezug des Buches, dessen zweiter Band Ende des Jahres erscheinen soll.

Mäder und Mugier sind überzeugt, dass es für Schwarz in Anbetracht der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ein Leichtes gewesen wäre, nahtlos ein Kapitel anzufügen und zu beschreiben, wie die kapitalistische Markt- und Misswirtschaft zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise führen musste. Doch auch zu anderen Lebensbereichen gibt es aktuelle Bezüge. Schon damals gab es in der schweizerischen Politik Debatten über Öffnung und Abschottung. Der aufkommende Tourismus sorgte in den 1920er Jahren für ähnliche Diskussionen und Ängste wie heute (Stichwort Minarett-Verbot).

»Der Stil des neu aufgelegten Buchs über die Geschichte des Geldes ist geprägt von dieser Mischung aus überzeugtem Engagement und pädagogischem Wohlwollen. Das macht

es neben seinem informativen Gehalt spannend zu lesen. Und dass die provokativen und umstrittenen Ideen von Schwarz nicht nur naive Utopien sind, sondern durchaus Realitätsbezug aufweisen, zeigt sich nicht nur daran, dass die Schweiz schon vor längerem Gesetze gegen die Bodenspekulation eingeführt. International werden ebenfalls einzelne Ideen der Freiwirtschaft neu debattiert und teilweise sogar angewendet. So haben Regierungen teilweise erkannt, dass der Geldfluss in der Wirtschaft nicht versiegen darf. Auch der prominente Globalisierungskritiker Joseph Stiglitz warnt vor der Verknappung des Geldes. (...) Die aktuelle Situation zeigt deutlich, wie weit wir von einer Gesellschaft entfernt sind, in welcher soziale Ungleichheiten strukturell verhindert werden.« (WOZ, 07.01.2010)

Bericht vom Aktiventreffen

Zum Jahresauftakt trafen sich Anfang Februar wieder aktive Mitglieder, diesmal im Haus St. Gottfried nahe Frankfurt, um die Schwerpunkte der INWO-Arbeit für 2010 zu erarbeiten.

Anreise war Freitag gegen 18 Uhr zum Kennenlernen und lockeren Gespräch. Am Samstag begannen wir mit dem Thema Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Dazu kam Herr Pethke zu uns. Er hatte sich diesbezüglich angemeldet und ist INWO-Mitglied. Herr Pethke stellt sich eine Zusammenarbeit der INWO mit dem Main-Taler vor. Sein Vorschlag birgt durchaus Synergien. Wir bekommen weitere Informationen von ihm.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Zusammenarbeit mit Global-Change (<http://www.global-change-2009.com/blog/>). Ralf Gelz wird sich darum bemühen. Global-Change tritt unter dem Motto »Update your Economy« für eine menschlichere Marktwirtschaft ein und verweist im Zusammenhang mit Michael Endes 80. Geburtstag auf die INWO. Man vertritt dort den Standpunkt, dass parallel zur Kulturfrage auch die Geldfrage gelöst werden muss.

Einigkeit bestand auch darin, der Mitgliederversammlung eine Empfehlung zur Fortführung unserer Mitgliedschaft im Ökosozialen Forum (<http://www.oef.de>) zu geben. Fraglich war diese Mitgliedschaft wegen der Dominanz z.B. des Global Marshall Plans, der unserer Idee nicht sehr aufgeschlossen gegenübersteht.

Das Ökosoziale Forum Deutschland versteht sich als Plattform für alle Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft und eine nachhaltige Welt einsetzen. Das ÖSF ist durch seine Mitglieder in viele Organisationen und Projekte involviert oder unterhält enge Verbindungen. Torsten Kries ist Beauftragter der INWO für das ÖSF.

Ein weiterer Schwerpunkt war und wird in 2010 die Überarbeitung unseres Internetauftritts, verbunden mit dem schon bewerkstelligten Umzug zu einem anderen Provider. Auch die Plattform wird auf Typo3 umgestellt. Dazu wurden einige Arbeitsgebiete aufgliedert:

Um die inhaltliche Struktur der neuen Seite werden sich zunächst Ralf Gelz und Klaus Willemsen kümmern und hierzu auch die alten Daten sichten. Erste Ergebnisse sollen bis zum 5. März über den INWO-Aktiv-Mailverteiler gehen.

Für das optische Erscheinungsbild (Layout) soll eine Anfrage über die Helferdatenbank und über INWO-Aktiv gestartet werden. Eine grobe Sichtung werden auch hier Ralf Gelz und Klaus Willemsen vornehmen.

Für den Regionalgruppenbereich ist Helmut Rau ansprechbar. Hier wurde angedacht, jeder Regionalgruppe nach der Neugestaltung der Homepage jeweils einen Corporate-Identity-gerechten eigenen Bereich zu geben. Den technischen Teil hat Martin Welch übernommen, der das bislang entstandene Produkt auch per Internetverbindung gezeigt und den technischen Aufbau erläutert hat. Künftig ist angedacht, die Änderung der Daten, Texte etc. durch Mitglieder mit Informatikkenntnissen bewerkstelligen zu lassen.

Der Entwurf unserer Vereinsordnung wurde von den Aktiven ausgiebig diskutiert, bearbeitet und für die Abstimmung auf der Mitgliederversammlung im April fertig gestellt. Über den Entwurf soll als Ganzes auf der MV abgestimmt werden; er wird den Mitgliedern im Vorfeld zugestellt.

Anmerkungen und Einwände werden auf der MV bearbeitet.

Auch die Aufkündigung des Seminarvertrags mit Klaus Willemsen nahm einen breiten Raum ein:

Über verschiedene Varianten: Vertrag kündigen, Abrechnung über Vereinsordnung, Vertrag weiterführen, anderer Vertrag, wurde angeregt diskutiert.

Die Aktiven sprachen sich mit klarer Mehrheit dafür aus, keine Empfehlung an die MV auszusprechen.

Für den Herbst ist das nächste Aktiventreffen geplant. Jörg Schreiner und Klaus Willemsen werden dies organisieren und vorbereiten.

Erich Lange und Ralf Gelz

Mitglieder-versammlung 2010

Am Wochenende
10.-11. April 2010
in der Silvio-Gesell-
Tagungsstätte in Wupper-
tal, Schanzenweg 86

Weitere Infos demnächst
unter www.INWO.de



Teilnehmer von links: Martin Welch, Klaus Willemsen, Dirk Grabowski, Erich Lange, Jörg Schreiner (danke für die Organisation), Ralf Gelz, Jean-Pierre Colas. Nicht auf dem Bild: Helmut Rau.

Nacht des Geldes

Ca. 50 Personen besuchten am 5. März die von Frank Bohner angestoßene »Nacht des Geldes« an der Stuttgarter Volkshochschule. Parallel zum Einführungsvortrag des Mitveranstalters ATTAC über Steueroasen (inkl. Ausstellungseröffnung mit Sekt, was man als unpassend empfinden kann) hielt Helmut Rau seinen gut besuchten Filmvortrag über den »Geist des Geldes«. Im Anschluss gab es Referate von Dorothee Ernst über Religion und Zins und von Frank Bohner über die Geldsystem-Kritik im Werk von Michael Ende.

Die INWO hatte neben einem Infotisch auch das anschauliche Zahnradmodell aufgebaut. Das zusammenklappbare Modell kann übrigens vom INWO-Versand an interessierte Standbetreuer verschickt werden!



Beim 1. Ökumenischen Kirchentag 2003 machten Berliner Aktive auf originelle Weise auf den Zinsanteil in den Preisen aufmerksam.

Mitmacher für Kirchentag in München gesucht

Die INWO wird vom 13.-15. Mai auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München vertreten sein. Wie immer bei so großen Veranstaltungen, wollen wir die INWO auf attraktive Weise präsentieren und unser Anliegen den Besuchern kompetent vermitteln.

Dazu brauchen wir auch wieder Mitmacher.

Bitte meldet euch bei Dirk Grabowski (dirkgrabowski@online.de), Romeo Klein (rk@marcom-service.de) oder (Erich.Lange@INWO.de), wenn ihr bei diesem Event dabei sein wollt.

INWO beim Stuttgart Open Fair

Beim 5. »Stuttgart Open Fair«, einer globalisierungskritischen Veranstaltung anlässlich des Weltwirtschaftsforums, hielten gleich zwei Vertreter der INWO, nämlich Frank Bohner und Helmut Rau, einen Vortrag.

Man hatte zunächst einen sehr kleinen Raum für die beiden vorgesehen. Aufgrund des großen Andrangs bekamen sie dann aber jeder den Saal im Stuttgarter »Forum 3«. Helmut Rau, der zum Thema »Warum wir Wachstum brauchen, obwohl es uns zerstört« referierte, hatte mindestens 60 Zuhörer, beim Thema »Frieden und

Welternährung sichern durch gerechte Ressourcenverteilung« von Frank Bohner waren es sicherlich 40.

Grund für die hohe Beteiligung waren vermutlich zugkräftige Vortragstitel und -beschreibungen; aber auch die engagierte Werbung von Helmut Rau beim Vortrag von Prof. Bernd Senf eine Woche zuvor dürfte eine Rolle gespielt haben. Prof. Senfs Veranstaltung dauerte übrigens von 20 Uhr bis nach Mitternacht. – Die Zeit scheint also günstig für Aktivitäten!

Warum ich für die INWO aktiv bin...

Seit Februar 2007 bin ich Mitglied der INWO.

Für mich war das Thema Geld früher eher eine Angelegenheit der anderen. Entweder man hat es oder nicht.

Durch meine Ausbildung als Gesundheitsberaterin GGB (Gesellschaft für Gesundheitsberatung) in Lahnstein habe ich dann aber viel über die Hintergründe und die Zusammenhänge zwischen Geld und Ernährung bzw. Gesundheit erfahren. Seitdem steht für mich fest, dass ich auch etwas für eine FAIRCONOMY tun muss.

Jetzt verstehe ich, wie weit greifend das Thema Geld ist.

Ich habe noch ein weiteres persönliches Anliegen, nämlich den Tierschutz.

Dass dieser auch mit dem Geld zusammenhängt, ist mir sehr deutlich geworden. Ich bin entsetzt über die Profitgier und skrupellose Geldmacherei großer Konzerne (Monsanto, Pharmariesen...) auf Kosten unserer Mitgeschöpfe, die sämtliche ethischen und moralischen Prinzipien außer Kraft setzen.

Seit Dezember 2008 habe ich den INWO-Versand übernommen. Für mich ist das eine gute Gelegenheit, die INWO praktisch zu unterstützen und somit einen sinnvollen Beitrag zu leisten – und ganz nebenbei das Thema für mich zu vertiefen.



Ich freue mich über jedes neue Mitglied, welches ich in unsere Datei aufnehmen kann.

Annemarie Voß-Steigner, Rotenburg

Tages- und Wochenzeitungen

In der taz vom 06.12.2009 kommentierte Stephan Kosch das »Wachstumsbeschleunigungsgesetz«. Unter dem Titel »Bremsen statt beschleunigen« kritisierte er den starren Blick auf das Bruttoinlandsprodukt. Wir zahlen für jeden Prozentpunkt Wachstum mit Lebenszeit, mit weniger Familienleben, mit gesundheitsschädlichem Stress, mit Rohstoffen und Naturvermögen. »Werden Indikatoren für Naturverbrauch, Wohlstandsverteilung und für das Wohlbefinden einer gesättigten Volkswirtschaft eingerechnet, löst sich das Glücksversprechen der Wachstumsprediger in nichts auf.« Statt Beschleunigungsgesetzen bräuchten wir steuer- und ordnungspolitische Bremsklötze für die Wirtschaft.

In der ZEIT vom 14.1.2010 wurde in einem Dossier »Als das Geld vom Himmel fiel« beschrieben, was passiert, wenn das »vom Himmel gefallene« Geld nicht direkt in der Realwirtschaft und bei den Menschen ankommt. Wo sind die Hunderte von Milliarden geblieben, die die Zentralbanken seit Beginn der Krise »erschaffen« und an die Finanzindustrie (fast zinslos) verliehen haben? Das Skandalöse: Mit diesem Geld finanzieren die Banken die Schulden der Bundesrepublik und verdienen an den Zinsen. Denn mit einem Teil davon kauften Deutsche Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank, Goldman Sachs, JP Morgan u.a. Staatsanleihen. Dieses Geld finanziert somit die Abwrackprämie, die Kurzarbeit, die (vordergründige) Rettung der Wirtschaft... Die Schulden werden die Steuerzahler bezahlen müssen.

In der Süddeutschen Zeitung vom 16.02.2010 berichtete Caspar Dohmen, Autor des Begleitbuchs zum Film »Let's make Money«, über das historische Freigeld-Experiment in Wörgl. In der gleichen Ausgabe gab es aber auch eine bemerkenswerte aktuelle Meldung: Der Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds, Blanchard, rät den Notenbanken zu einem erhöhten Inflationsziel von 4%. Bislang gilt allgemein der Geldwert als stabil, wenn 2% Inflation nicht überschritten werden. Dieser Sicherheitsabstand zur Deflation reiche jedoch nicht (mehr) aus. Auch Blanchards Vorgänger Johnson hatte der EZB schon geraten, die Zinsen weiter zu senken und eine höhere Inflation in der Währungsunion zuzulassen.

Leserbriefe

Die haarsträubenden Äußerungen von Außenminister Westerwelle, der bei den Sozialleistungen Zustände »spätromischer Dekadenz« befürchtet, boten eine gute Gelegenheit, auf die

geldsystembedingten Ungerechtigkeiten hinzuweisen. So schrieb Helmut Creutz den Aacheener Nachrichten:

»Dekadenz ist heute allenfalls bei jenen zu finden, die - mit eigenen Jets und Yachten weltweit unterwegs - oft nicht mehr wissen, wo und wie sie ihren Überfluss an Vermögenseinkommen verprassen sollen! Es mag sein, dass auch bei den ärmeren zehn Prozent aus dem Umfeld von Hartz IV einiges nicht immer ganz korrekt verläuft, aber die Unkorrektheit des reichsten Zehntels, die sich schon an den rund 300 Mrd Steuerfluchtgeldern alleine in der Schweiz festmachen lässt, dürfte doch um einiges größer sein. Und was sind die 42 oder 44 Mrd, die wir insgesamt für den »anstrengungslosen Wohlstand« des ärmeren Zehntels aufbringen, gegen jenen »anstrengungslosen Wohlstand«, den das obere Zehntel mit mindestens 250 Mrd alleine aus den jährlichen Zinseinkünften bei den Banken bezieht? Aus Zinseinkünften, die in allen Preisen stecken und die wir alle - auch der letzte Hartz-IV-Empfänger - mit jedem ausgegebenem Euro im Schnitt mit 40 Cent bedienen dürfen!

Fernsehen

Am Mittwoch, den 20.01.2010, stand das Thema Geld im Mittelpunkt des ARD-Abendprogramms. Nach dem Spielfilm »Gier« wurde die Diskussion »Hart aber fair« ausgestrahlt und um 23.30 Uhr die Dokumentation »Geld für alle«. Darin machten sich Tobias Schlegl und York Pijahn auf die Suche nach Alternativen zum herrschenden krisenträchtigen Finanzsystem. Fundig wurden sie u.a. bei Götz Werner (Grundeinkommen), Christian Gelleri und Franz Galler (Regiogelder »Chiemgauer« und »Sterntaler«) und Prof. Bernard Lietaer. Sie setzten sich aber auch mit anderen existierenden Konzepten in Ländern wie Kuba oder den Vereinigten Arabischen Emiraten (Islamic Banking) auseinander.

Radio

Am 14. und 30.11.2009 sendete Deutschlandradio Kultur ein Feature zum Thema »Wer braucht schon Geld?«. Die Autorin der Sendung, Edina Picco, suchte nach ernst zu nehmenden Visionen von einer Welt ohne Geld und berichtete u.a. über Tauschringe. Außerdem wurden hoffnungsvolle Beispiele alternativer Zahlungssysteme aus Japan und den USA geschildert. Auch das Wörgler Freigeld-Experiment, Silvio Gesell und Helmut Creutz fanden Erwähnung.

In der Sendung Politikum vom 03.12.2009 sprach WDR5-Moderatorin Liane von Billerbeck mit dem Ökonomen Thomas Strobl über das problematische Mantra von Schwarz-Gelb: »Wachs-

tum, Wachstum, Wachstum«. Strobl, der sich mit der Zukunft des Kapitalismus beschäftigt, bestätigte zwar, dass der Kapitalismus ohne Wachstum nicht denkbar ist, dass er aber - wenn nicht politisch gegengesteuert wird - die soziale Spaltung der Gesellschaft verschärft.

Am 17.01.2010 wurde in der Sendung Glaubenssachen auf NDR Kultur über das Zinsverbot in den Religionen berichtet. Die moralisch radikale Kritik an Zins und Zinseszins ist älter als der Kapitalismus. Journalist Mathias Greffrath fragte: Wie kann man Geld und Zins in den Dienst der Allgemeinheit stellen? Aufhänger der Sendung war die Paulskirchenaktion des Initiativkreises 9,5 Thesen, worüber wir im letzten Heft ausführlich berichteten.

Der Link zum Download der Sendung: <http://www1.ndr.de/podcast/podcast3026.xml>



Sänger Xavier Naidoo:
»Zins und Zinseszins haben ausgedient!«

Musik

Auf seinem im Herbst 2009 erschienenen Album »Alles kann besser werden« spricht der deutsche Soul- und R&B-Sänger Xavier Naidoo den Zinseszins an. Im Lied »Verschieden« heißt es: »Wir sind so grundlegend verschieden. Du willst immer höher hinaus - ich will wieder hier raus... Es scheint, Du willst mehr als Du gibst - ich bin mehr als zufrieden. Was ist uns vom Leben geblieben? Wir haben unsere Sinne verloren...« Verantwortlich macht er das Geldsystem und verlogene Politiker, die das Problem klein reden. Naidoo: »Zins und Zinseszins haben ausgedient. Die CDU hat ausgedient. Die SPD hat ausgedient. Sie werden gebeten, aus ihren Geschäftsräumen auszuziehen!

- Und er stellt die eindringliche Frage: »Warum trägst Du nicht zur Lösung des Problems bei?« Der Song ist anzuhören unter: www.youtube.com/watch?v=bxvFVYD-EF4

Weitere Hinweise finden Sie im laufend aktualisierten Medienspiegel der Internetseiten der INWO: www.INWO.de

Vollgeld und Kreditschöpfung in den Medien

Die von der INWO Schweiz mit der Initiative »Monetative« aufgegriffenen Themen werden in den Verlags- und Rundfunkhäusern ausführlich diskutiert. Nicht nur gewohnt kritische Blätter wie die Wochenzeitung WOZ befassen sich mit der Kritik am Geldsystem – selbst im benachbarten Ausland sorgen die neuen Ansätze für Schlagzeilen. Weitere Beiträge finden sich regelmäßig unter www.INWO.ch.

Tages- und Wochenzeitungen

Unter der Überschrift »Wir müssen bremsen« spricht Prof. Binswanger in einem Interview mit der taz (Tageszeitung/Berlin) am 04.12.2009 über die Grenzen des Wachstums und eine Reform der Geldschöpfung.

»Ein zentrales Problem ist, dass die privaten Banken derzeit durch Kredite Buchgeld schöpfen können. Das sind Guthaben auf den Girokonten der Banken. In einer Krise müssen die Zentralbanken dann auch faule Kredite übernehmen, obwohl sie selbst dieses Geld nie ausgegeben haben. Sie müssen es tun, damit das System nicht zusammenbricht. Aber sie reagieren nur, sie agieren nicht. Besser wäre es, wenn nur die Zentralbanken Geld in eigener Regie

schöpfen und damit die Kontrolle über die Menge der ausgegebenen Kredite bekommen. Die Idee ist übrigens nicht neu, der US-Ökonom Irving Fisher hat sie bereits in den 1930er-Jahren formuliert.«

In Das Magazin, Wochenendbeilage des Tages-Anzeigers, schreibt Roger de Weck am 13.11.2009 nicht nur über den 1944 in Bretton Woods gescheiterten Keynes-Plan für die Weltwährung »Bancor«, sondern auch über die Vollgeld-Idee von Prof. Joseph Huber. De Weck, Autor des Buches »Nach der Krise. Gibt es einen anderen Kapitalismus?«, bezeichnet die beschriebenen Überlegungen als »komplex und eingängig«: »Im neuen System müsste jeder Kredit, den eine private Bank gewährt, durch die Notenbank voll gedeckt werden. Die Geschäftsbank könnte nur so viel Kredit vergeben, wie sie von der Notenbank erhalten hat. Dadurch erhielten die Zentralbanken mehr Verantwortung«, erklärt Hans Christoph Binswanger.«

In der WOZ vom 28.01.2010 kommt Philippe Mastronardi, Professor für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen, zu Wort. Er fordert: »Der Finanzmarkt muss ein Service public werden.«

Kapitalismus dürfe nicht allein ökonomisch definiert werden. Es könne nicht den Ökonomen überlassen bleiben, zu bestimmen, welche Gesetze des Markts wirken sollen. Alle seien ge-

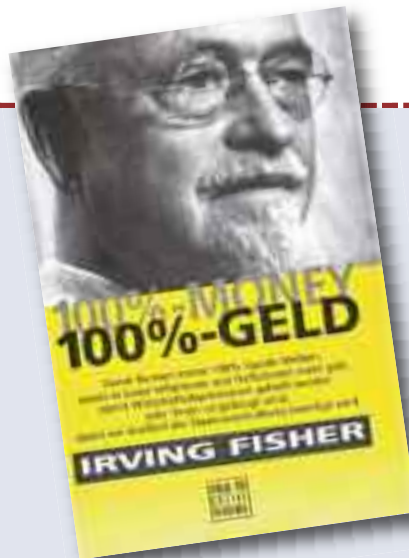
fordert, hier mitzubestimmen. Die Demokratie müsse den Kapitalismus verfassen, so Mastronardi:

»Das Funktionieren der Geldwirtschaft ist eine öffentliche Dienstleistung, welche im Auftrag des Staates von der Finanzwirtschaft erfüllt werden muss. Der Staat soll daher der Wirtschaft das Geld als Zahlungsmittel und Kreditmittel zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass die Banken Geld und Kredit in erforderlicher Masse für Investition, Produktion und Konsum verteilen. Er muss dabei aber die private Geldschöpfung auf jenes Mass begrenzen, das der Entwicklung der Wirtschaft entspricht. Nur so lassen sich Buchgeldblasen, wie sie die heutige Krise ausgelöst haben, verhindern. Eine mögliche Ausgestaltung dieser Ordnung wäre die sogenannte »Vollgeldreform«.

Radio

Das Schweizer Radio DRS berichtet in »Echo der Zeit« am 09.01.2010 von Ökonomen, die die »alte, radikale Idee« des Vollgelds aus den 1930er-Jahren neu lancieren: »Sie greifen zurück auf eine Theorie des US-Ökonomen Irving Fisher, der dieses Vollgeld bereits vor fast 100 Jahren angedacht hatte.« Das DRS berichtet über die auch von der INWO angebotene Übersetzung von Fishers »100%-Money - 100%-Geld« und über die Kritik an der Geldschöpfung sowie die Vorschläge für eine Vollgeldreform von Prof. Dr. Binswanger. ■

Beide Bücher zum Thema »Vollgeld« sind bei Gauke/Verlag für Sozialökonomie in Kiel erschienen. Als Ergänzung zu den Print-Publikationen, darunter die gesammelten Werke Silvio Gesells, die Zeitschrift für Sozialökonomie (Hrsg.: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.) und die Schriftenreihe Fragen der Freiheit (Hrsg.: Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll), bietet der Verlag auf der Website www.Sozialoekonomie.info nichtkommerzielle Informationen über Denkansätze der Reform der Geld- und Bodenordnung. Damit soll ein Beitrag zur Entwicklung einer »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« geleistet werden, welche die Menschenrechte und die Demokratie stärkt. Die Ökonomie soll darin ein soziales und ökologisches Gesicht bekommen.



– die Schweizer Vollgeldinitiative

Dem St. Galler Ökonomieprofessor und Schweizer Vorkämpfer einer Geldschöpfungsreform, Hans Christoph Binswanger, ist eines klar: Die Lancierung einer Volksinitiative wäre zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Zunächst muss eine breite Aufklärungskampagne in Gang gebracht werden, da die Problematik bislang sowohl von der Wissenschaft als auch von der Politik verdrängt wird.

Binswangers Einschätzung scheint mir eine realistische und beherzigenswerte zu sein. Dennoch sollte eine solche Kampagne von Anfang an auf eine Verfassungsinitiative ausgerichtet werden, und dieses Ziel darf auch von Anfang an publik gemacht werden.

Im Unterschied zu Deutschland hat die Schweiz mit dem Franken noch eine eigene Währung und mit der Volksinitiative das demokratische Mittel, den Artikel 99 in der Bundesverfassung zu ändern. Dort sind nämlich bisher nur die Münzen und Banknoten erwähnt, während vom Giralgeld, das inzwischen über 80 Prozent der umlaufenden Geldmenge ausmacht, keine Rede ist.

Im Prinzip müsste somit Art. 99 BV lediglich um den Ausdruck »Giralgeld« ergänzt werden. Selbstverständlich in geeigneter Form, nämlich so, dass gleichzeitig die Schöpfung des Giralgeldes – bzw. allen Zentralbankgeldes – in die sichtbare öffentliche Hand gegeben und den unsichtbaren privaten Händen entzogen wird. Dadurch wird die Geldentstehung transparent und demokratisch kontrollierbar gemacht. Die umsichtige Ausformulierung eines neuen Art. 99 BV dürfte allerdings – trotz der prinzipiell einfachen Aufgabenstellung – viel Kopferbrechen verursachen. Da die Erfolgsaussichten einer Volksinitiative stark von diesem Text abhängen werden, ist eine vorgängige, möglichst umfassende Diskussion darüber angezeigt.

Parallel dazu und im Hinblick auf die Geldschöpfungs- und Vollgeldreform sollte in und mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen die Aufklärungskampagne weitergeführt und dadurch Verständnis und Akzeptanz für die Idee geschaffen werden. Keines von beidem ist heute gegeben, weshalb eine Initiative momentan keinerlei Chance hätte. Zwar ist die Forderung nach unverzüglichem Handeln angesichts der Destruktivität des kapitalistischen Systems und

der durch die Krise eröffneten Gelegenheit seiner Infragestellung und Umgestaltung sehr wohl verständlich. Doch einerseits dürfte ein Schnellschuss kontraproduktiv sein, und andererseits ist die Krise längst nicht ausgestanden: das dicke – realwirtschaftliche und realpolitische – Ende kommt noch! Dann wird sich erweisen, dass es mit den halbherzigen Schadenbegrenzungs- und Symptombekämpfungsmassnahmen der Systemsanierer nicht getan ist, und das Interesse für die wirklichen Ursachen und deren Eliminierung wird sprunghaft zunehmen.

Ausserdem setzt eine Volksaufklärungskampagne die Selbstaufklärung der Promotoren voraus. Wir müssen zu Sachverständigen der Geldschöpfungs- und Vollgeldtheorie werden. Wie aber u.a. der folgende Artikel von Helmut Creutz über die Monetative zeigt, besteht selbst innerhalb der Geldform-Szene noch reichlich Diskussionsbedarf. Daher lade ich alle, die verstanden haben, dass es höchste Zeit ist, auch das »Bankgeheimnis Geldschöpfung« (Bernd



Hansruedi Weber: (Selbst-) Aufklärung in der Geldschöpfungs- und Vollgeldtheorie ist wichtig.

Senf) zu knacken und durch ein humanes, transparentes und demokratisch kontrolliertes System zu ersetzen, ein, sich unter monetative@inwo.ch zu melden und sich aktiv sowohl mit Selbstaufklärungs- als auch mit Volksaufklärungs-Vorschlägen zu beteiligen!

Hansruedi Weber, Jahrgang 1946, ist ehemaliger Aargauer Volksschullehrer und seit drei Jahren im Vorstand der INWO Schweiz. Die Kreditgeldschöpfung betrachtet er als Schlüssel zum Verständnis der modernen Zeichengeldwirtschaft und als notwendige Ergänzung zur Gesellschen Zinskritik.

Art. 99 der schweizerischen Bundesverfassung zur Geld- und Währungspolitik

- 1** Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes; diesem allein steht das Recht zur Ausgabe von Münzen und Banknoten zu.
- 2** Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient; sie wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet.
- 3** Die Schweizerische Nationalbank bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven; ein Teil dieser Reserven wird in Gold gehalten.
- 4** Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone.

Geldausgabe über den Staat – Bundesbank als Vierte Gewalt

Die INWO Schweiz unterstützt die Monetative-Initiative von Bernd Senf, Joseph Huber, Thomas Betz und Klaus Karwat und möchte mehr Aufklärungsarbeit über das umstrittene Thema Geldschöpfung. Dass hier Klärungsbedarf herrscht, findet auch Helmut Creutz, der an dieser Stelle zu dem Reformvorschlag Stellung nimmt.

»Die Wurzel der jüngsten Finanzkrisen liegt im heutigen Geldsystem. Es erzeugt überschießend Kredit und fördert damit Spekulationsblasen ebenso wie Inflation und die maßlose Überschuldung vieler Beteiligter. Finanz- und Realwirtschaft können nur funktionieren auf der Grundlage einer stabilen und gerechten Geldordnung.«
(aus der Initiativerklärung der Monetative-Initiative)

Angesichts der Krise unseres Finanz-, Banken- und Geldsystems sind Befassungen mit diesem Komplex ebenso erfreulich wie alle Reformüberlegungen. Das gilt auch für die kürzlich vorgestellte Initiative, die sich für eine Verlagerung der Geldschöpfung in die öffentliche Hand einsetzt sowie für die Inumlaufsetzung des Geldes über den Staat. Darüber hinaus plädieren die Autoren dafür, die Deutsche Bundesbank unter dem Namen »Monetative« als »Vierte Gewalt« den bereits bestehenden staatlichen Organen der Legislative, Exekutive und Judikative gleichzustellen. – Nachfolgend die wichtigsten Forderungen:

1. Die Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts der Geldschöpfung

Diese Forderung überrascht, denn bekanntlich wird auch heute schon das Geld alleine durch den Staat geschöpft: Das Münzgeld, einer alten Tradition folgend, sogar direkt durch den Bund bzw. den Bundesfinanzminister, der aus der Differenz zwischen Prägekosten und Nennwerten der Münzen – der so genannten Seigniorage – jährlich ein Plus von einigen hundert Millionen Euro als »Gewinne aus dem Münzregal« verbuchen kann. Und die Deutsche Bundesbank, vom Staat mit der Ausgabe der Banknoten sowie der Überwachung der Kaufkraft unserer Währung per Gesetz beauftragt, ist ebenfalls eine staatliche Institution. Deshalb muss sie auch ihre erwirtschafteten Gewin-

ne an den Staat abführen, in den letzten drei Jahren z.B. in Höhe von 4,3, 6,3 und (im Krisenjahr 2009) 4,1 Mrd Euro.

2. Die Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung

Wie aus dieser Forderung zu entnehmen, gehen die Initiatoren davon aus, dass heute nicht nur von der Bundesbank und damit einem staatlichen Organ Geld geschöpft wird, sondern ebenfalls von den Banken. Dabei beziehen sie diese Schöpfung nicht auf die gesamten Bankkredite, wie noch aus manchen Lehrbüchern zu entnehmen ist, ebenfalls nicht auf die »multiple Geldschöpfung der Banken«, mit der man die Köpfe der VWL-Studenten immer noch verwirrt. Vielmehr begrenzen sie die angenommene Schöpfung auf die Bestände und Ausweitungen der Sichtguthaben, also auf jene Guthaben, die von den Bankkunden auf den Girokonten gehalten werden.

Geht man dieser Spur nach, dann entdeckt man jedoch, dass diese Sichtguthaben, ge-

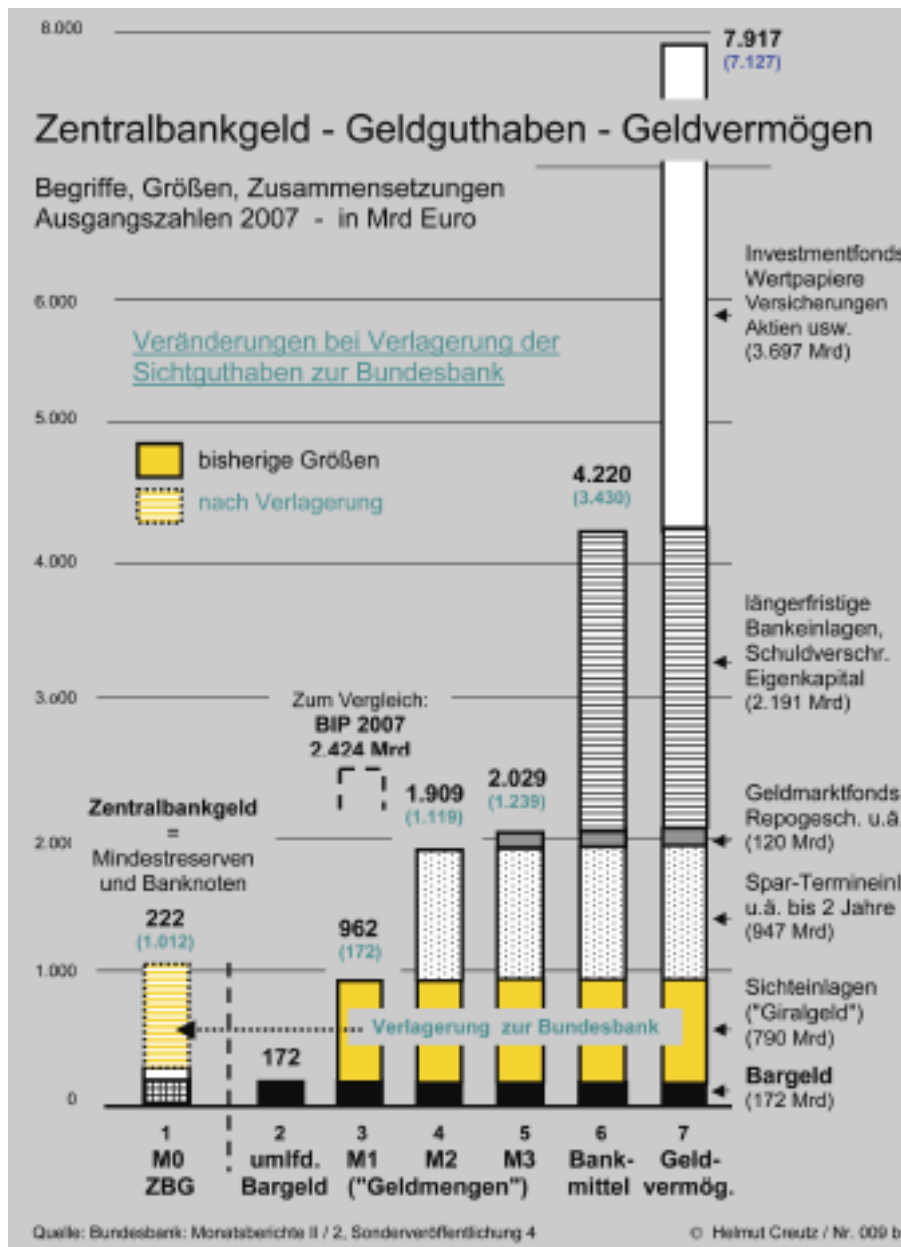
nauso wie die Spar- oder Terminguthaben der Kunden, in allen Bank- und Bundesbankstatistiken immer auf der Passiv- und damit der Gestehtungsseite der Bilanzen als »Einlagen« geführt werden. Und wie jeder Guthabenbesitzer weiß, ist nicht die Bank, sondern er der alleinige Eigentümer dieser Einlagen. Das trifft selbst dann zu, wenn der Bank die Möglichkeit eingeräumt wird, zwischenzeitlich über das eingelegte Geld für Kreditvergaben zu verfügen!

Außerdem weiß jeder Sparer, dass die Beträge auf allen seinen Guthabenkonten – sieht man von den Zinsgutschriften ab – die Ergebnisse eigener Arbeits- und Sparleistungen sind! Das heißt, wenn es bei den Sichtguthaben einen »Schöpfer« gibt, dann sind es die Einzahler und Eigentümer dieser Konten! Die Banken können allenfalls als »Schöpfer« jener Möglichkeit gesehen werden, diese Bestände auf den Sichtguthaben per Umbuchungen an Dritte übertragen und damit Zahlungen abwickeln zu können, ohne jedes Mal Geld abheben und vom Empfänger wieder einzahlen lassen zu müssen!

Dass mit der Möglichkeit dieser Übertragungsvorgänge von Konto zu Konto der Zahlungsverkehr in der Wirtschaft enorm vereinfacht und beschleunigt wurde, ist unstrittig. Ebenso, dass damit die Bargeldnutzung abgenommen hat. Dies kann man jedoch nicht als »Geldschöpfung« oder »Banken-Extragewinn« auslegen, für die man die Banken, durch Wegnahme dieser Sichtguthaben, gewissermaßen bestrafen müsste!

Um die von den Monetative-Initiatoren angenommene Schöpfung dieser Guthaben durch die Banken zukünftig zu verhindern, sollen sie – nach deren Vorschlag – in die Bundesbank verlagert, dem Bargeld gleich gestellt und damit – wie sie es nennen – zu »Vollgeld« werden. Damit würden die Sichtguthaben also jene »Deckung« durch die Zentralbank erhalten, die Irving Fisher schon in





den 1930er Jahren mit seinem »100%-Geld« auf eine weniger elegante Art und Weise erreichen wollte.

Zusätzliche Hortung problematisch

So sympathisch dieser Gedanke der Aufwertung der Sichtguthaben auch erscheint, ist seine Umsetzung jedoch mit erheblichen Problemen verbunden. Denn mit dieser Verlagerung entfällt vor allem die Möglichkeit der Banken, die auf den Konten geparkte Kaufkraft zwischen ihren Ein- und Wiederauszahlungen für Kredite einsetzen zu können! Dadurch würde es jedoch zu einem erheblichen Kaufkraft-Stau bzw. zu einer Hortung von Kaufkraft in Höhe der bisherigen Sichtguthaben kommen! Dies wird auch von Prof. Huber, in seinem zusammen mit James Robertson verfassten Buch »Geldschöpfung in öffentlicher Hand«, als Problem erkannt:

»Die einzige Konsequenz wäre, dass mehr unbares Geld unbenutzt auf laufenden Konten verbleiben würde, genau wie heute Bargeld manchmal mehrere Tage oder sogar Wochen unbenutzt in den Brieftaschen verbleibt.« (S. 53)

Allerdings war man sich bei dieser Formulierung offensichtlich der Größenordnungen dieses »unbenutzten unbaren Geldes« nicht bewusst, um die es hier geht! Denn während sich diese unbenutzten Anteile beim Bargeld, also die Bargeldhortungen, auf eine Bestandsgröße von rund 200 Mrd beziehen, geht es bei den Sichtguthaben um eine Bestandsgröße von rund 800 Mrd und damit um rund das Vierfache! Das heißt, mit dieser Verlagerung der Sichtguthaben in die Bundesbank würden den Banken und damit der Wirtschaft in fast gleicher Höhe Kreditmittel entzogen!

Die Darstellung vermittelt einen Vergleich zwischen den verschiedenen Geld- und Geldvermögens-Bestandsgrößen, bezogen auf das Jahresende 2007.

Die links isoliert wiedergegebene Zentralbankgeldmenge, auch Basisgeld genannt, (Säule 1) setzt sich aus den ausgegebenen Banknoten sowie den Mindestreserven zusammen, die von den Banken bei der Bundesbank zu halten sind. Dieses gesamte Zentralbankgeld wird den Banken heute über laufend zu erneuernde Kredite zugeteilt. Von diesem Zentralbankgeld gelangen wiederum nur die Banknoten in die Wirtschaft, die – unter Einbezug des Münzgeldes und nach Abzug der Kassenhaltungen bei den Banken – als »umlaufendes Bargeld« bezeichnet werden (Säule 2), obwohl nur ein Bruchteil dieser Größe tatsächlich umläuft!

Mit Hilfe dieser Bargeldmenge, die als Basis aller weiterer Größen jeweils mit einbezogen ist, wurden in den vergangenen 60 Jahren alle heutigen Geldguthaben und -vermögen nach und nach angespart. Die in der Regel zuerst gebildeten Sichtguthaben, mit der Möglichkeit von Guthabenübertragungen für Zahlungszwecke, erleichterten und beschleunigten diese Entwicklungen erheblich. Die Größen aller Säulen lassen sich am BIP ermessen, das über Säule 3 zusätzlich angedeutet ist.

Die in der Darstellung markierte Verlagerung der Sichtguthaben in die Zentralbank und die in Klammern angegebenen neuen Bestandsgrößen machen deutlich, mit welchen erheblichen Veränderungen ein solcher Vorgang verbunden wäre.

Auch bei der Bundesbank selbst würden sich mit der Verlagerung enorme Umstellungen und Umstellungskosten ergeben, sowohl im Personal- als auch im Raumbereich. Denn wie aus den Klammerzahlen in der Darstellung hervorgeht, würden die heutigen Bestände an Zentralbankgeld, von derzeit rund 200 Mrd, auf mehr als 1.000 Mrd und damit das Fünffache zunehmen! Und die arbeitsbezogenen Belastungen für die Bundesbank wären noch größer, wenn sie auch noch die milliardenfachen Umbuchungen zwischen den Vollgeldkonten, also den unbaren Zahlungsverkehr, von den Banken übernehmen müssten! Überlässt man diese Überweisungsvorgänge jedoch weiterhin den Banken, dann würden diese zur Erhöhung ihrer Dienstleistungskosten gezwungen sein, da die bisherigen Einnahmen aus den kurzfristigen Ausleihungen entfallen.

3. Die schuldenfreie Inumlaufbringung des Geldes durch öffentliche Ausgaben

Dieser Reformvorschlag wird in der Politik sicher auf viel Zustimmung stoßen. Denn selbst wenn der Staat – ähnlich wie bei der Judikative – zukünftig den Kostenaufwand für die Monetative aus Steuermitteln tragen muss, könnte sich unter dem Strich ein Gewinn ergeben.

Was jedoch bei dieser Verlagerung der Geld-Inumlaufsetzung auf den Staat für die Bundesbank negativ zu Buche schlägt, ist der Wegfall der Anhaltspunkte für ihre Geldmengensteuerung. Denn während sie mit den bisherigen Geldausgaben über die Banken in einem ständigen Kontakt zum Marktgeschehen stand, entfällt diese Orientierungsmöglichkeit bei einer Geldausgabe über den Staat. Damit entfällt auch die Möglichkeit, die ausgegebene Menge an Zentralbankgeld wöchentlich sowohl in ihren Größen als auch Zinskonditionen den Wirtschaftsentwicklungen anzupassen. Das heißt, der Bundesbank, bzw. der zukünftigen Monetative, würde der Maßstab fehlen, an dem sie ihre Geld- und Geldmengenpolitik ausrichten könnte! Denn die von den Initiatoren vorgeschlagene Orientierung an den jährlichen Zunahmen des BIP, von etwa ein bis zwei Prozent, kann allenfalls ein grober Anhaltspunkt für die Steuerung der Geldmenge und damit der anzustrebenden Stabilität der Kaufkraft sein. Und dass die evtl. Wünsche der Politik bzw. des Finanzministers als Orientierungsgröße völlig ungeeignet sind, haben auch die Initiatoren erkannt und deshalb ausgeschlossen. Allerdings ohne einen Lösungsweg in dieser Frage der Geldmengensteuerung aufzuzeigen, der im Hinblick auf die Kaufkraftstabilität unverzichtbar ist.

Voraussetzung: Geldumlaufsicherung!

Diese hier geforderte Inumlaufsetzung des Geldes über den Staat wurde bekanntlich schon vor rund hundert Jahren von Silvio Gesell vorgeschlagen. Ebenso wie die Einrichtung eines »Reichs-Währungsamtes« als Geld-Ausgabestelle anstatt der damaligen Reichsbank! Allerdings ging Gesell dabei von einer gleichzeitigen Einführung einer Umlaufsicherung für das Geld aus, die zu einer Reduzierung der umlaufenden Geldmenge auf den tatsächlich kaufaktiven Anteil führt und damit gewissermaßen automatisch zu einer Übereinstimmung zwischen der ausgegebenen und der nachfragenden Geldmenge!

Unter dieser Voraussetzung der Stabilisierung der Geldmenge und des Geldumlaufs wäre tatsächlich eine Geldausgabe direkt über den Staat möglich. Denn die erforderlichen Mengenkorekturen könnte man laufend an dem Pegelstand des Preisniveaus ablesen und damit entsprechend gegensteuern: Im Falle sinkender Preise mit einem Geldzuschuss an den Staat, der verpflichtet wäre, diesen Zuschuss umgehend für bisher nicht finanzierbare Investitionen auszugeben. Und im Falle steigender Preise mit einem Geldentzug, in dessen Höhe der Staat geplante Ausgaben jeweils reduzieren müsste.

Höchst fragwürdig ist jedoch die Annahme der Initiatoren, dass sich bei der Verlagerung der Sichtguthaben in die Bundesbank, die bei etwa 800 Mrd Euro liegt, eine »buchstäblich einmalige Chance« ergibt, »die horrenden Staatsverschuldung in wenigen Jahren auf die Hälfte abzubauen... Denn... die Mittel dafür können als einmalige Übergangs-

Ohne Umlaufsicherung würde es durch die Vollgeld-Reform zu einem erheblichen Kaufkraft-Stau bzw. zu einer Hortung von Kaufkraft in Höhe der bisherigen Sichtguthaben kommen.

Seigniorage durch Zuweisung der Zentralbank an den Staatshaushalt in Umlauf kommen.«

Hier war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, denn in Höhe der 800 Mrd Euro, die der Staat als »Seigniorage« erhalten soll, hat die Zentralbank ja schon den Sparern ihre bisherige Sichtguthaben-Kaufkraft durch Vollgeld ersetzt! Wie es aber möglich sein soll, diesen Betrag in voller Höhe noch ein zweites Mal dem Staat für Schuldentilgungen zur Verfügung zu stellen, ist auch dann nur schwer nachvollziehbar, wenn man diese Verlagerungen über mehrere Jahre verteilt. Denn eine solche zweimalige Zurverfügungstellung dieses Betrages, die fast eine Verdopplung der Kaufkraft nach sich zöge (!), müsste einen katastrophalen Inflationsschub zur Folge haben!

Resümee

Der Reformvorschlag, die Bundesbank als »Monetative« zu einer Vierten Gewalt im Staate aufzuwerten, ist unterstützenswert. Die derzeit von der Politik geplante Zusammenlegung von Bundesbank und Bankenaufsicht kommt diesem Vorschlag bereits entgegen. Darüber hinaus wäre anzustreben,

dass diese neu geschaffene »Monetative« auch zur Einführung aller Regelungen auf den Finanzmärkten und deren Kontrolle ermächtigt werden sollte, um zwielichtige Anlage-Geschäfte und Spekulationsblasen erst gar nicht entstehen zu lassen, mit denen heute die Volkswirtschaften in immer schnellerer Folge belastet werden.

Abgesehen davon, dass alle solche Reformen nur auf europäischer Ebene durchführbar sind, wären sie nur umsetzbar, wenn man die »Selbstalimentation der Geldvermögen« (Bundesbank) bzw. »das achte Weltwunder« (Prof. Rürup) und damit die Auswirkungen der Zins- und Zinseszinsseffekte auf Geldvermögen, Verschuldungen und Preise überwinden würde. Das gilt bereits für das eingangs wiedergegebene Zitat der Initiatoren. So sehr man ihm zustimmen kann: Bei der Klage über die »maßlosen Überschuldungen« vermisst man den Hinweis, dass diese die zwangsläufige Folge dieser zins- und zinseszinsbedingten Überentwicklungen der Geldvermögen sind! Denn bekanntlich müssen in jeder Volkswirtschaft die für die Geldvermögensbildung benutzten Zahlungsmittel wieder über Kredite in den Kreislauf zurückgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht durch Geldmangel in Schwierigkeiten kommen soll. Leider werden jedoch diese Zusammenhänge in der gesamten Vorstellung des Monetative-Modells nicht angesprochen. Selbst der Begriff »Zinsen«, der ja ursprünglich für diese Überentwicklungen der Geldvermögen und Schulden ist, taucht in dem Papier der Initiative überraschender Weise nicht ein einziges Mal auf!

Zur Lösung dieser problematischen Überentwicklungen müsste also dafür gesorgt werden, dass sich die Zinssätze genau so an die Knappheitsverhältnisse im Geldbereich anpassen, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten die Regel ist. Das aber heißt, den von den Initiatoren vorgeschlagenen Reformen müsste eine Umlaufsicherung des Geldes vorausgehen! ■



HELMUT CREUTZ, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks »Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« (2001). Im Jahr 2004

sind »Die 29 Irrtümer rund ums Geld« erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.

Buchvorstellungen

Simon Bichlmaier: Zu Geld und Ökonomie.

Wagner Verlag Gelnhausen 2009, 552 Seiten, 29,90 €

Simon Bichlmaier ist Bankkaufmann und Erzieher. Sein 2009 erschienenes Buch »Zu Geld und Ökonomie« behandelt die kapitalistischen Kernprobleme. Das sind vor allem die durch das fehlerhafte Geldwesen verursachten Fehlentwicklungen wie die stete Umverteilung von unten nach oben, ein Wachstumszwang mit katastrophalen ökologischen Folgen und eine drastische Zunahme von Geldvermögen und Schulden. Bichlmaier befasst sich mit dem »Phänomen Geld« als solchem, mit dem Eurosystem sowie dem Dollar als Leitwährung.

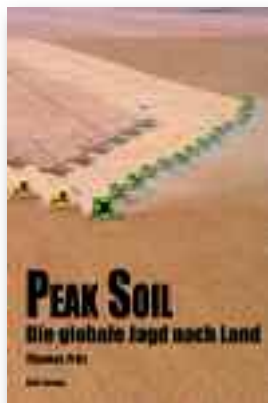
Der Autor bleibt jedoch nicht bei der Analyse stehen: er kritisiert nicht nur Scheinlösungen, sondern zeigt echte Lösungswege auf. Für besonders wichtig hält er dabei die ideologiefreie Diskussion über die Ansätze Silvio Gesells. So plädiert Bichlmaier für eine dauerhafte Gleichgewichtswirtschaft durch die Verhinderung weiterer leistungsloser Einkommen aus Geld- und/oder Bodenbesitz. Darüber hinaus fordert er die Installation und Durchsetzung global fairer Rahmenbedingungen. Zwar bleiben hier einige Fragen offen. Da aber die Verwirklichung von Gesells Reformvorschlägen ohnehin auf mittlere Sicht zur Einführung dieser fairen Rahmenbedingungen führen würden, fällt dieser Punkt nicht allzu sehr ins Gewicht.

Bichlmaiers Buch ist mit über 500 Seiten ziemlich dick geworden. Weil es aber flüssig und gut verständlich geschrieben ist, gestaltet sich die Lektüre niemals langweilig. Deshalb ist das Buch – trotz seiner Länge – für Einsteiger durchaus geeignet. Dass Bichlmaiers Erstlingswerk kaum Zahlen und keinerlei Tabellen oder Abbildungen enthält, wird vom Rezensenten nicht als Mangel empfunden.

Frank Bohner

Thomas Fritz: Peak Soil – Die globale Jagd nach Land.

Hrsg.: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, FDCL-Verlag Berlin 2009, 164 Seiten, 12,00 €



Land ist knapp. Immer mehr fruchtbarer Boden fällt der Urbanisierung, Industrialisierung und Umweltzerstörung zum Opfer, beschleunigt noch durch den Klimaschock. Die Menschheit überschreitet nicht nur den Gipfel der Ausbeutung von Öl (»Peak Oil«), sondern auch der Vernutzung von Boden (»Peak Soil«).

Täglich nimmt die Flächenkonkurrenz an Härte zu, immer häufiger eskaliert sie. Kämpfe entbrennen darum, wer die schrumpfenden Äcker noch bestellen darf und was künftig geerntet wird: Nahrungsmittel, Viehfutter oder Biosprit? Ausgefochten werden sie auf dem Rücken der Hungernden – heute über eine Milliarde!

Andere aber wittern ein Riesengeschäft. Finanzgruppen und Konzerne kaufen gigantische Flächen in Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa. Auch manche Regierungen mischen im Grundstückspoker mit: Boden- und Wassermangel treiben sie an. Wo aber bleiben die Abermillionen, die der Landnahme weichen sollen?

Thomas Fritz schildert die Triebkräfte der neuen Jagd nach Land, das schmutzige Geschäft mit den guten Böden, die zunehmenden Konflikte um knappe Felder und die Risiken des Agroboms für die 3 Milliarden Menschen auf dem Land.

Rainer Grunert: Visionen einer fairen Wirtschaftsordnung – Ein Weg aus der Krise.

Windpferd Verlag Oberstdorf 2009, 151 Seiten, 12,95 €

»Die einen spekulieren, die anderen krepieren.« Mit diesem einen Satz illustriert Rainer Grunert drastisch die gegenwärtige Situation der weltweiten Wirtschaftsordnung. Dass deren Zustand Besorgnis erregend ist, beweist allein

die Tatsache, dass die großen Wirtschaftsnationen Billiarden Euros bzw. Dollars in die Wirtschaftskreisläufe gepumpt haben, um deren Absturz zu verhindern. Doch damit hat das Ungleichgewicht von vorhandener Geldmenge und ernsthaftem wirtschaftlichem Gegenwert lediglich zugenommen. Das nächste Mal wird es mehr sein müssen. Wenn es ein nächstes Mal gibt.

Das Mögliche verhindert der Glaube, dass das Mögliche unmöglich sei. Politiker und Wirtschaftsleute verhalten sich angesichts der Problematik wie das Kaninchen gegenüber der Schlange: nur nichts tun, dann wird sie schon nicht zubeißen. Mit seinem Buch »Visionen einer fairen Wirtschaftsordnung – Ein Weg aus der Krise« will Rainer Grunert Bewegung in die Köpfe bringen. Es ist ein Appell mitzudenken, ein Aufruf zu einem ökonomischen Paradigmenwechsel und ein Buch, das sich an Leserinnen und Leser wendet, die die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwar gerne verstehen würden, sich aber nicht durch Zahlenschwung und schwierige Theorien kämpfen wollen.

Grunert macht den Blick frei fürs große Ganze, denkt quer. Sein flott und verständlich geschriebenes Buch hat Aussichtsturm-Qualitäten: Es schafft Einsichten in komplexe Grundstrukturen der (mehr oder weniger permanenten) Wirtschaftskrise und ihren jeweils notwendigen Ausschlägen nach oben oder unten. Seine Gedankengrundlage bilden die Werke der großen Ökonomen Pierre-Joseph Proudhon, Silvio Gesell und John Maynard Keynes – aufbereitet und entstaubt für die globalisierte Welt. Und was er entwickelt, ist die Vision einer zusammenwachsenden Welt mit einem gemeinsamen Wirtschaftssystem und einem weltweiten, bedingungslosen Grundeinkommen. Und das alles fair, gerecht, ohne Enteignungen und ohne dass jemandem etwas genommen würde. Spinnerei, illusionär? Auf den ersten Blick mag das so scheinen, aber Rainer Grunert argumentiert auf dem Boden der Tatsachen, der Möglichkeiten – und der Notwendigkeiten, glaubhaft und stringent. Wer sein Buch gelesen hat, versteht anschließend mehr als vorher und kann zum Thema mitreden.

Bobby Langer





Aufnahmeantrag

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.

Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 € ausgestellt und unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 € gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Bestellformular

☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 3,50 € Versandkosten.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.

FAIRCONOMY Jahrgang 2009 komplett



Haben Sie eine Ausgabe verpasst? Solange unser Vorrat reicht, kann der ganze Jahrgang 2009 im Shop der INWO-D bestellt werden.

4 Stück für 8 € – für Mitglieder versandkostenfrei!

DVD »Let's make money«

Mit seiner Dokumentation folgt Erwin Wagenhofer (»We feed the world«) der Spur des Geldes im weltweiten Finanzsystem und blickt »hinter die Kulissen der bunten Prospektwelt von Banken und Versicherern«. Wagenhofer zeigt auf, was unsere Altersvorsorge mit der Immobilienkrise in Spanien zu tun hat und dass es nicht mehr braucht als ein normales Konto, um am globalen Geldkreislauf teilzunehmen und Spekulanten in aller Welt zu unterstützen.



Bonusmaterial: Interview mit Regisseur Erwin Wagenhofer, Audiokommentar mit Erwin Wagenhofer und Peter von Becker, Making Of, entfallene Szenen, Themen des Films, Schulmaterial, Kinotrailer

DVD inkl. hochwertiger Hülle und ausführlichem Booklet, Spieldauer: 103 Min. (+ Bonusmaterial), Delphi Film 2008, Preis: 15,95 €

CD »Das Geldwunder von Wörgl«

Das »Geldwunder von Wörgl« beschreibt, wie sich die Gemeindemitglieder 1932 aus eigener Kraft aus der Wirtschaftskrise befreiten. Während im übrigen Österreich die politischen Gruppen auf einander schossen, kämpfte der Gemeinderat von Wörgl einstimmig, Seite an Seite mit den Bürgern, für ein Beschäftigungsprogramm mit »rostenden Banknoten«.



Hörspiel von Bernd Grashoff in einer Aufnahme des Bayerischen Rundfunks 2003, Preis: 5 €. Bei Bestellung ab 10 Stück je 3 €

INWO-T-Shirt (Fairtrade und Bio!)

Der Hingucker aus kontrolliert biologisch angebauter und fair gehandelter Baumwolle. Innerhalb der Produktionskette verpflichten sich alle Hersteller in Form einer Absichtserklärung, soziale Standards einzuhalten. Beidseitig bedruckt: vorne mit »70% WOLLE / 30% ZINS«, hinten mit »www.INWO.de«. Die T-Shirts sind in den Farben Dunkelblau und Schwarz und den Größen S, M, L sowie XL erhältlich. Weitere Farben, Größen, Schnitte und Stoffarten sind ab 8 € zu haben.

Preis: 12,50 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.